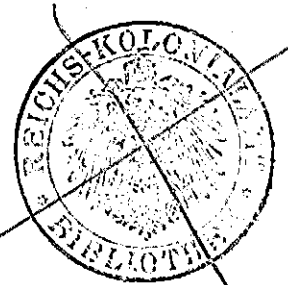


Dernburgs Programm

Ein Wendepunkt im Schicksal Deutsch-Ostafrikas
Kolonie oder Negerland unter Deutscher Flagge?

von Africanus minor

Erstes bis fünftes Tausend



Verlag von Martin Oldenbourg in Berlin 1908

217/9212

Inhalt.

	Seite
Deutsch-Ostafrika	5
Prinz oder Kaufmann	9
Abwehritt	14
Dernburgs Reise	15
An den Quellen des Nil	16
Der Wendepunkt im Schicksal Ostafrikas	17
Die Geisterkarawane	18
Dernburgs neues Programm	19
Kolonie oder Negerland unter deutscher Flagge?	56
Dernburgs Gegner	61
In hoc signo vinces	77

48/57024



Deutsch-Ostafrika.

Weitaus die wichtigste aller deutschen Kolonien ist das im Jahre 1890 erworbene Deutsch-Ostafrika, jenes Land, wo neben der Jahrtausende alten Kultur der Negerstämme, insbesondere der kriegerischen Massai, der friedlichen arbeitsfreudigen Wanyamwesi und Wukuma, der Strom der mohammedanischen Einwanderung, der handeltreibenden Araber und Indier sich geltend machte.

Zwar hat das jetzt deutsche Ostafrika jahrhundertlang unter der entsetzlichen Geißel der Sklavenjäger, welche ihre Beute von der ostafrikanischen Küste nach den arabischen und kleinasiatischen Gebieten schleppten, gelitten. Diesen hatte jedoch schon in den letzten Dezennien die englische Einnischung und später auch die deutsche Verwaltung bald ein Ende bereitet.

Während früher die gebleichten Gebeine der auf den weiten Transporten vom Seengebiet nach der Küste umgekommenen Opfer des Sklavenraubs den Karawanen als Wegweiser dienten, herrscht dort jetzt ein friedlicher Handelsverkehr und Eisenbahnen beginnen die Karawanenträger in ihrer schweren Arbeit abzulösen. Langsam hat sich in den der Küste näher gelegenen Gebieten auch ein Plantagenbau entwickelt, Kaffee, Sisalhans, Kokosnüsse, Baumwolle und Gummi bilden die Produkte. Wenn auch bis jetzt noch keine lohnenden Erträge nachzuweisen sind, so schreiten diese Kulturen doch allmählich voran und berechtigen zu guten Erwartungen.

Der ungeheure Wildreichtum, welchen besonders das Gebiet des Kilimandscharo aufwies, beginnt sich zu vermindern, und die größte Plage Usambaras, der Schrecken aller Neger-

stämme, der Löwe, welcher früher das Land beherrschte und sogar einer der dortigen Plantagen den Namen gab, wird allmählich seltener, wenn er auch jetzt noch als der beste Wächter der Plantagen gegen nächtliche Diebstähle gilt, denn sobald das Brüllen des Löwen ertönt, wagt sich kein Schwarzer außerhalb der Lagerstätte.

Immerhin kommt es auch heute noch vor, daß dieser König der Tiere nicht nur dem Schlafzimmer der weißen Ansiedler, sondern selbst den Personenzüge der Ugandabahn einen nächtlichen Besuch abstattet.

Leider blieben auch dieser Kolonie Deutsch-Ostafrika die Kinderkrankheiten aller Kolonisationsversuche nicht erspart. Die Auswahl der militärischen und Zivilbeamten, welche nach Ostafrika gesandt wurden, war nicht immer eine glückliche, zumal ja für diese Auswahl nicht immer eine persönliche Tüchtigkeit und Charakterfestigkeit für die entscheidenden Stellen maßgebend gewesen ist. Die verkehrten Maßnahmen der Verwaltung und das allzu schneidige Draufgängertum höherer oder niederer Würdenträger führten wiederholt zu Aufständen, welche auf deutscher Seite zwar keine großen Verluste an Menschenleben, um so größere aber an materiellen Werten verursachten und die begonnene Kulturarbeit immer wieder zurückwarfen. Auch die Herrenmoral mancher Ansiedler und Plantagenbesitzer war wenig geeignet, das friedliche Einvernehmen mit den Eingeborenen zu fördern; lebhafteste Klagen in dieser Hinsicht beschäftigten namentlich in der ersten Zeit nach Erwerbung der Kolonie die Öffentlichkeit. Gleichwohl machte das deutsche Ostafrika in den letzten Jahren unverkennbar Fortschritte, wozu wohl auch der Umstand beitrug, daß es kein sogenanntes wildes Land mehr war, welches hier vor 18 Jahren in deutschen Besitz kam, daß vielmehr der langjährige Handelsverkehr der Araber und Indier mit den eingeborenen Negerstämmen einen gewissen Grad von Kultur unter diese getragen hatte. Deshalb hatte auch in Deutsch-Ostafrika der Eisenbahnbau schon frühzeitig begonnen. Das zuerst in Plantagenkultur

genommene Land war das nördliche Gebiet Usambara. Hier hatte frühzeitig die sog. Usambara-Gesellschaft, um eine zweckmäßige Verbindung der meist im westlichen Teil des Landes, ziemlich entfernt von der Küste, gelegenen Plantagen mit der letzteren zu erreichen, eine Eisenbahn vom Hafenplatz Tanga nach Mufesa gebaut, welche jedoch infolge ihrer geringen Ausdehnung und schlechten Anlage so ungünstige Resultate aufwies, daß ihr gänzlicher Zusammenbruch drohte, so daß sie schließlich vom Reich übernommen werden mußte. Für Rechnung des letzteren wurde dann nicht nur die Instandsetzung der schon fertigen Strecke durchgeführt, sondern auch der Weiterbau zuerst bis Morogwe, später nach Mombasa. Erst dieser machte die Bahn einigermaßen lebensfähig und rentabel wird sie überhaupt erst werden, wenn die Fortsetzung nach dem Kilimandscharo-Gebiet hergestellt ist und einige Jahrzehnte der Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse gedient haben wird. Auch im Süden wurde vor drei Jahren mit dem Bau einer Bahn von Dar-es-Salaam ausgehend und zunächst in Morogoro endigend begonnen; diese Bahn soll dereinst ihre Fortsetzung nach Tabora und Mwanza in das Gebiet der großen Seen erhalten und auf diese Weise ein Gegenstück, wenn auch keine Konkurrenzlinie, für die englische Ugandabahn werden.

Eine dritte Bahn ist für später im Süden der Kolonie geplant.

Wenn irgendwo in den deutschen Kolonialgebieten dürfte der Bahnbau in Ostafrika angebracht und berechtigt sein, denn gerade dieses Gebiet ist das volkreichste von allen deutschen Kolonien, und besitzt abgesehen von Togo die besten Arbeitskräfte und den fortgeschrittensten Kulturzustand, soweit man von einem solchen bei den Negerstämmen reden kann. Das wird auch von allen unbefangenen Kennern der deutschen Kolonien, auch von denen, welche sich vom Kolonialchauvinismus frei gehalten haben, anerkannt (siehe „Kalkhof, eine parlamentarische Studienreise nach Ostafrika“). Zwar sind in Deutsch-Ostafrika noch keine Diamanten- und Goldfunde gemacht

und hat sich deshalb auch noch kein Strom von Beutegierigen europäischen Einwanderern dahin ergossen, aber das Land ist an sich besonders im Inneren für Viehzucht und Ackerbau geeignet und bietet deshalb die Grundlagen für die Ernährung einer zahlreichen Bevölkerung, allerdings nicht von Europäern, sondern von solchen Völkerstämmen, deren Lebens- und Fortpflanzungsverhältnissen das tropische Klima entspricht.

Deshalb ist auch nicht anzunehmen, daß aus Deutsch-Ostafrika jemals ein Ansiedlungsland werden könnte, wie es Brasilien für die Portugiesen, Canada und die Vereinigten Staaten von Nordamerika für Deutsche, Irländer, Engländer und Franzosen, Argentinien für Spanier und Italiener geworden sind, wohl aber ein Absatzgebiet für die deutsche Industrie und den deutschen Handel, wie solche Indien für die Engländer, Cochinchina für die Franzosen bilden.

Die Fiktion, daß Deutsch-Ostafrika jemals für deutsche Arbeiter und Bauern als neue Heimat in Betracht kommen könne, ist durch die bisherigen Erfahrungen bereits gründlich zerstört worden.

Gleichwohl wird man in Deutschland ziemlich übereinstimmend der Ansicht sein, daß dieser ostafrikanische Kolonialbesitz nicht aufgegeben werden darf, sondern, wenn auch zunächst mit materiellen Opfern, festgehalten werden muß, hoffentlich für alle Zukunft als **Deutsch-Ostafrika**.

Prinz oder Kaufmann.

Das Deutsche Reich hat mit der Verwaltung seiner Kolonien bisher wenig Glück gehabt. Bei der Berufung der leitenden Persönlichkeiten für die Verwaltung der Kolonien war nicht deren Erfahrung auf diesem Gebiete maßgebend, sondern ganz andere Rücksichten; unbeeinflusst von kolonialer Sachkenntnis und praktischer Erfahrung auf diesem Gebiete wurden jeweils die neuen Männer in ihr Amt berufen, so seinerzeit Herr Vegetationsrat Dr. Kayser, später Herr Dr. von Buchka, bekannt durch seine Mitarbeit am Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch, dann auf kurze Zeit der Diplomat Freiherr von Nicht Hofen, endlich Herr Dr. Stübel, welcher Konsul in überseeischen Gebieten gewesen war. Von den Verhältnissen in den Kolonien, die sie regieren sollten, hatten alle diese Männer trotz ihres unbestreitbar guten Willens keine genaue Kenntnis, ebensowenig waren sie mit den Ansprüchen einer Verwaltung in großem Umfange vertraut, ihre juristischen und diplomatischen Kenntnisse konnten das Manko nicht aufwiegen.

Dieser Übelstand führte zu den bedauerlichen Mißgriffen, welche in den Jahren von 1884 bis 1906 in den deutschen Kolonien und Schutzgebieten begangen worden sind und dieselben geradezu zu Schmerzenskindern des Deutschen Reiches machten. Vergendung der vom Reichstage bewilligten Mittel, Verschwendung der natürlichen Reichtümer der deutschen Kolonialgebiete zum Teil sogar an Ausländer und ohne jede Gegenleistung, Aufstände und an Stelle wirtschaftlicher Hebung, Verstärkung der vorhandenen Kulturwerte, waren die Folge dieses Systems, welches noch durch Entsendung einzelner nicht geeigneter Verwaltungsbeamten in das Schutzgebiet verschlimmert wurde.

Als die Verhältnisse eine Änderung dringend erheischten, wurde plötzlich zur allgemeinen Überraschung der frühere Regent von Coburg-Gotha Prinz Hohenlohe als Kolonialdirektor oder, wie es damals hieß, „Leiter der Kolonialverwaltung“ berufen, mit der Aussicht, daß diese zu einem selbstständigen Reichsamt erhoben und er als dessen Staatssekretär bestellt werden sollte.

Der Prinz hatte offenbar die besten Absichten, die Autorität, welche ihm seine hohe Geburt gab, zur Besserung der Verhältnisse im Kolonialwesen einzusetzen, das konnte aber selbstverständlich den Mangel der persönlichen Erfahrung auf diesem Gebiete nicht ersetzen und ihn auch nicht von den Beamten seines Ressorts unabhängig machen.

Es wäre unrecht, ihn für alle die Mißstände verantwortlich zu machen, welche sich durch die Fehler seiner Vorgänger und die Mißgriffe in der Auswahl der leitenden Personen ergeben hatten und nun auch seine Erfolge in Frage stellten.

Ebenso gut hätte man den jeweiligen Reichskanzlern oder Staatssekretären des Auswärtigen Amtes die Schuld zuschreiben können, wenn man nicht wußte, daß auch diese nicht immer die Schuld daran trugen.

Im Deutschen Reichstage begegnete der Prinz einer gewissen Anerkennung seines guten Willens, den Mißständen ein Ende zu machen und sich etwas mehr Selbständigkeit zu schaffen, allein seine Befähigung, die deutsche Kolonialverwaltung in geordnete Bahnen zu leiten, wurde ziemlich allgemein bezweifelt, besonders auch seitens des langjährigen Abgeordneten und Vorsitzenden der Budgetkommission Herrn von Kardorff.

Deshalb wurde auch die Genehmigung des vom Bundesrate angeforderten selbständigen Kolonialamts gerade durch die Verquickung mit der Person des Prinzen vom Reichstage verweigert.

Mit der Ablehnung des Amtes war auch die Vorbedingung des Verbleibens des Prinzen in der Leitung des Kolonialwesens gefallen. Es galt abermals, einen neuen Mann zu suchen, und nun geschah das Unerwartete, kein Militär, kein

Jurist, kein Verwaltungsbeamter, kein Diplomat fand diesmal Gnade; die Wahl fiel an Stelle des Prinzen auf den bürgerlichen Kaufmann. Herr Dernburg als gewandter, erfahrener, tüchtiger und schaffensfreudiger Kaufmann von weitgehendem Blick, wenn auch etwas kühner Phantasie bekannt, verließ seinen weit einträglicheren Posten als Bankdirektor und übernahm das Amt eines Leiters des deutschen Kolonialwesens, aller Voraussicht nach ein arbeits- und dornenvolles, vielleicht auch ein recht undankbares Amt.

Die Frage **Prinz oder Kaufmann** war zugunsten des letzteren entschieden.

Der neue Staatssekretär (Dernburg wurde sehr bald nach seinem Amtsantritt und nachdem auch der Reichstag das selbstständige Kolonialamt genehmigt hatte, zu dieser Würde erhoben) trat keine angenehme Erbschaft an; es fiel ihm zunächst die schwere Aufgabe zu, die Mißstände, die sich unter seinen Vorgängern allmählich herausgebildet hatten, gründlich zu beseitigen, aber wie oft mußte er dabei doch noch ein Auge zudrücken, welche Rücksichten mußte er dabei nach Lage der eigentümlichen Verhältnisse nehmen!

Je mehr er sich in seine Arbeit vertiefte, um so mehr lernte er die Schwierigkeit der übernommenen Aufgabe verstehen. Unbrauchbares, nicht erprobtes Personal mußte entfernt, lästige Verträge mußten gelöst werden und dabei waren noch so manche Rücksichten zu nehmen, welche ein entschiedenes Vorgehen erschwerten.

Bei allem guten Willen, aller Energie und Tüchtigkeit wird die Aufgabe, welche dem neuen Staatssekretär gestellt ist, nicht Wochen oder Monate, sondern Jahre oder Jahrzehnte erfordern, gilt es doch, die Fehler von 24 Jahren wieder gut zu machen und ein verfehltes System durch ein neues lebensfähiges zu ersetzen.

Indessen der neue Kaufmann-Staatssekretär ging mit Umsicht, Energie und Vorsicht an die Arbeit; er beschränkte sich zunächst darauf, die größten Mißstände bei der Zentral-

verwaltung zu beseitigen und die Monopole gewisser Lieferanten aufzuheben.

Alsdann wollte er, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die seiner Verwaltung unterstellten Kolonialgebiete auch persönlich in Augenschein nehmen, sich über die Zustände in denselben auf Grund eigener Wahrnehmung unterrichten, um danach seine Maßnahmen zu treffen.

Zuerst war eine gleichzeitige Reise nach den Hauptkolonien Südwestafrika und Ostafrika geplant, als diese sich jedoch der Kürze der Zeit und der schwierigen Transportverhältnisse halber als unmöglich erwies, wurde das Programm auf den Besuch Ostafrikas beschränkt.

Eine gründliche Untersuchung dieser wichtigsten und aussichtsvollsten deutschen Kolonie sollte die Grundlage der anzustrebenden Reformen bilden und danach das neue Programm der Kolonialverwaltung aufgestellt werden.

Daß ein neues Programm, die gänzliche Umkehr vom bisherigen System, eine dringende Notwendigkeit war, mag aus folgendem hervorgehen.

Ein Freund der deutschen Kolonialbestrebungen schrieb damals: Daß der Kern der falschen Maßnahmen unserer seitherigen Kolonialpolitik in der total verfehlten Eingeborenenpolitik zu erblicken sei. In zwei Fragen, in der Landfrage und in der Frage des Kreditgebens, seien von seiten der deutschen Kolonialpolitik nicht diejenigen Maßregeln getroffen worden, die absolut notwendig wären. Wenn man nur ein kleines Bild des Prügelumwesens in den Kolonien entrollen wollte, oder der Behandlung, welche die Eingeborenen zu erfahren haben, wenn sie eine Gefängnisstrafe abzuhängen haben — man würde sich mit Entsetzen von diesem Bilde abwenden müssen.

Was er für total verfehlt halte, das sei die Einführung des Arbeitszwanges in unseren Kolonien. Man solle doch dem deutschen Volke nicht vormachen, daß die Zauberer die Hauptursache des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika seien. Ein

guter Kenner Deutsch-Ostafrikas habe erklärt, das ist ein falscher Zauber, den man auch vormacht. Die Hauptursache des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika sei die Einführung des Arbeitszwangs. Einige Bezirkshauptleute hätten ohne weiteres, ohne daß sie durch eine Kaiserliche Verordnung oder eine des Gouverneurs dazu befugt waren, den Arbeitszwang eingeführt, den alle Kolonialmächte der Welt schon längst verworfen haben, den man weder in englischen noch in französischen Kolonien kenne. Mit welchem Resultat? 24 Tage lang mußten die Eingeborenen in den Baumwollanpflanzungen arbeiten. Und was hatten sie dafür erhalten? Für 24 Tage 6 Pfesas, 12 Pfennig, das macht pro Tag $\frac{1}{2}$ Pfennig; in anderen Fällen seien 1 Pfennig oder 2 Pfennig Tagelohn den Arbeitern bezahlt worden. Das hätten die Eingeborenen direkt als eine neue Strafe aufgefaßt, sie hatten gefragt: was haben wir denn der Regierung getan, daß wir jetzt in diesem erhöhten Maße zur Zwangsarbeit herangezogen werden? Es sei begreiflich, wenn in Deutsch-Ostafrika die Anschauung unter den Eingeborenen Platz greife: früher waren wir die Sklaven der Araber und der Indier, heute sind wir die Sklaven der weißen Regierung.

Wie sehr dieser Kritiker recht gehabt hat, werden wir im weiteren Verlauf unserer Darlegung (Ein Wendepunkt im Schicksal Ostafrikas, Dernburgs neues Programm) noch sehen.

Der neue Staatssekretär, der anfangs diese Darlegungen als haltloses Gerede beurteilte und den Anklägern aufs schroffste entgegen trat, hat sich zu seiner eigenen Überraschung in Ostafrika überzeugen müssen, daß alle diese Angaben durchaus zutreffend und keineswegs übertrieben waren, im Gegenteil hinter der Wirklichkeit eher noch zurückblieben.

Das Programm: „Humanität und Gerechtigkeit gegenüber den Eingeborenen“ hat er infolge seiner persönlichen Wahrnehmungen in Deutsch-Ostafrika jetzt selbst als die wichtigste Aufgabe zur Erhaltung und Förderung der Kolonie aufgestellt.

Löwenritt.

Wüstenkönig ist der Löwe; will er sein Gebiet durchfliegen,
 wandelt er nach der Lagune, in dem hohen Schiff zu liegen.
 Wo Gazellen und Giraffen trinken, kauert er im Rohre;
 zitternd über dem Gewalt'gen rauscht das Laub der Sykomore.
 Abends, wenn die hellen Feuer glüh'n im Hottentottenrale,
 wenn des fähen Tafelberges bunte wechselnde Signale
 nicht mehr glänzen, wenn der Kaffer einsam schweift durch die Karoo,
 wenn im Busch die Antilope schlummert und am Strom das Gnu:
 Sieh', dann schreitet majestätisch durch die Wüste die Giraffe,
 daß mit der Lagune trübten Fluten sie die heiße, schlaffe
 Zunge kühle; lechzend eilt sie durch der Wüste nackte Strecken,
 knieend schlürft sie langen Halses aus dem schlammgefüllten Becken.
 Plötzlich regt es sich im Rohre; mit Gebrüll auf ihren Nacken
 springt der Löwe; wach' ein Reitpferd! sah man reichere Schabracken
 in den Marstallkammern einer königlichen Hofburg liegen,
 als das bunte Fell des Renkers, den der Tiere Fürst bestiegen?
 In die Muskeln des Genicks schlägt er gierig seine Zähne;
 um den Bug des Niesenpferdes weht des Reiters gelbe Mähne.
 Mit dem dumpfen Schrei des Schmerzes springt es auf und steigt gepoltert;
 Sieh', die Schnelle des Kamelers es mit Rardelhaut vereinigt:
 Sieh', die mondbestrahlte Fläche schlägt es mit den leichten Füßen!
 Starr aus ihrer Höhlung treten seine Augen; rieselnd fließen
 an dem braungefleckten Halse nieder schwarzen Blutes Tropfen,
 und das Herz des flüchtigen Tieres hört die stille Wüste klopfen.
 Gleich der Wolke, deren Leuchten Israel im Lande Jemen
 führte, wie ein Geist der Wüste, wie ein fahler, lust'ger Schemen,
 eine sandgeformte Trombe in der Wüste sand'gem Meer,
 wirbelt eine gelbe Säule Sandes hinter ihnen her.
 Ihrem Zuge folgt der Geier; krächzend schwirrt er durch die Wüste;
 ihrer Spur folgt die Hyäne, die Entweherin der Gräfte;
 folgt der Panther, der des Staplaubs Hürden räuberisch verheerte;
 Blut und Schweiß bezeichnen ihres Königs grausenvolle Fahrte,
 Jagend auf lebend'gem Throne seh'n sie den Gebieter sitzen,
 und mit scharfer Klau seines Sitzes bunte Polster ritzen.
 Nacklos, bis die Kraft ihr schwindet, muß ihn die Giraffe tragen;
 gegen einen solchen Reiter hilft kein Wännen und kein Schlagen.
 Tummelnd an der Wüste Saume stürzt sie hin und röhelt leise.
 Tot, bedeckt mit Staub und Schäume, wird das Ross des Reiters Speise.
 Über Madagaskar, fern im Osten, sieht man Frühlicht glänzen; —
 so durchsprengt der Tiere König nächtlich seines Reiches Grenzen.

(Ferdinand Freiligrath).

Dernburgs Reise.

„Die Trommel scholl, das Kuhhorn klang,
 und laut aufjubelt Triumphgesang
 „la Allah il Allah“ aus voller Kehle
 wild jauchzten die Treiber der Kamelreife.“

Während der neue Staatssekretär sich anschickte, seine Reise
 nach Ostafrika anzutreten, rüstete man sich dort, um ihm die
 Kolonie von der vorteilhaftesten Seite zu zeigen. Schon wurde
 mit einer gewissen Berechtigung darauf hingewiesen, daß er
 dort alles im rosigsten Lichte sehen und daß ihm nur
 „Potemkinsche Dörfer“ gezeigt werden würden. Ein Heer
 von Berichterstattern und Photographen machte sich bereit, um
 ihn zu begleiten und auf diese Weise zugleich auf möglichst
 bequeme Art die Verhältnisse in Ostafrika von der angenehmsten
 Seite kennen zu lernen. Dernburg verstand es, sich diesen
 Troß in geschickter Weise vom Leibe zu halten, er wählte sich
 nur eine kleine Begleitung, wie er sie für seine Zwecke gut
 gebrauchen konnte, aus.

Unsere Aufgabe ist es nicht, hier eine ausführliche Be-
 schreibung seiner Reise zu liefern, wir beschränken uns darauf,
 zu erwähnen, daß er in ähnlicher Weise, wie schon früher
 eine Anzahl Abgeordnete (siehe „Kalkhof, eine parlamentarische
 Studienreise nach Ostafrika“), die Hauptküstenplätze, z. B. Tanga,
 Bagamoyo, Daresalaam, Saadani usw. besuchte, die Fahrt mit
 der Usambarabahn nach Mombu und mit der Daresalaam—
 Mrogoro-Bahn nach letzterem Platze machte. Die Haupttour
 war jedoch die Reise mit der englischen Ugandabahn von
 Mombassa nach dem Gebiet der großen Seen, dem Quell-

gebiet des Nil nach Bukoba—Muanza und von dort südwestlich landeinwärts nach Tabora, dem alten Knotenpunkt des Karawanenverkehrs zwischen der Küste des Indischen Ozeans und dem Inneren Afrikas. Von Tabora setzte Dernburg seine Reise nicht, wie ursprünglich geplant, nach Mrogoro resp. den Ugurubergen fort, weil diese mehr als 400 Kilometer lange Strecke eine große Zeitvergeudung gewesen wäre, sondern ritt nach Muanza zurück, um von dort mittelst Dampfer und Ugandabahn wieder zur Küste zurückzukehren.

Diese Reifestrecken dürften auch genügend ausreichen, um sich ein Urteil über die Verhältnisse bilden zu können, gleichwohl wird dem Herrn Staatssekretär jetzt schon von seinen Gegnern der Vorwurf gemacht, daß er die Kolonie nur ganz oberflächlich gesehen habe und daß gerade in den von ihm berührten Teilen nur die besten Negerstämme, die Wassukuma und Wanyamwesi, wohnten.

Es dürfte aber gerade für den Scharfblick des Herrn Staatssekretärs der beste Beweis sein, daß er es verstand, diejenigen Gebiete herauszugreifen, welche von größter Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Kolonien sind. Das sind unstreitig die Gebiete der großen Seen, welche man heute allgemein als **die Quellen des Nil** ansieht.

Dort lernte Dernburg die große Bedeutung des Innern von Afrika kennen, eine Bedeutung, welche schon die Engländer erkannt haben, sonst würden sie das ungeheuer schwierige und kostspielige Werk der Erbauung der Ugandabahn nicht unternommen haben.

Dort kam ihm auch die Erkenntnis, daß man den Neger, insbesondere den intelligenten fleißigen Wanyamwesi, nicht erst zur Arbeit zu erziehen braucht, wie die modernen Sklavenbarone Usambaras behaupten, sondern daß dort Millionen friedliebender Eingeborenen leben, welche ihre wenn auch auf niedriger Stufe stehende Kultur bereits besitzen, und sich durch Fleiß und Arbeit ernähren. Millionen von Menschen, welche dereinst große regelmäßige Abnehmer europäischer Industrie-

produkte werden und dagegen die Erzeugnisse ihrer Kultur liefern werden, sobald die deutsche Eisenbahn von der Küste nach den Seen ihnen die Möglichkeit dieses Güteraustausches bietet.

Der Herr Staatssekretär hat aber auch gesehen, daß dort alle Voraussetzungen für ein „Schutzgebiet“ gegeben sind, daß es gilt, diese friedfertige arbeitssame Bevölkerung gegen die Übergriffe und Ausbeutung der Weißen, insbesondere gegen die gewaltsame „Anwerbung“ als Arbeiter, die nach seiner eigenen Ansicht sich nicht viel von den **Skavenjagden am Kongo** unterscheidet, zu schützen, und daß diese Eingeborenen, nicht minder als der Grund und Boden, ein wertvolles Aktivum, ja die Grundbedingung für die Existenz der Kolonie bilden.

Er ist zu der Erkenntnis gelangt, daß hier nicht derselbe Fehler gemacht werden darf, wie in Südwestafrika, wo mit der Vernichtung der Eingeborenen auch die Lebensbedingungen für ein Kolonialgebiet verloren gegangen sind.

Deshalb seine Abkehr von dem bisherigen Kolonialsystem, welche in Wahrheit einen **Wendepunkt im Schicksal Ostafrikas** bilden wird.

Die Geisterkarawane.

Mitten in der Wüste war es, wo wir nachts am Boden ruhten;
unsre Beduinen schlafen, bei den abgezäumten Stuten.

In der Ferne lag das Mondlicht auf der Nilgebirge Sochen;
rings im Flug sand ungelommener Dromedare weiße Knochen!
Schlaflos lag ich; statt des Pfühles diente mir mein leichter Sattel,
dem ich unterschob die Wüste, mit der dürrn Frucht der Dattel;
meinen Kasten ausgebreitet hatt' ich über Brust und Hüfte;
neben mir mein bloßer Säbel, mein Gewehr und meine Speiße.

Tiefe Stille, nur zuweilen knistert das gesunkne Feuer;
nur zuweilen kreischt verspätet ein vom Horst verirrter Geier;
nur zuweilen stampft im Schlafe eins der angebundnen Mose;
nur zuweilen fährt ein Reiter träumend nach dem Wurfgeschosse.

Da auf einmal hebt die Erde; auf den Mondschein folgen trüber
Dämmerung Schatten; Wüsteniere jagen aufgeschreckt vorüber.
Schwandend häumen sich die Pferde; unser Führer greift zur Fahne;
sie entstinkt ihm und er murmelt: Herr, die Geisterkarawane! —
Ja sie kommt! Vor den Kamelen schweben die gespenstigen Treiber,
lippig in den hohen Sätteln lehnen schleierlose Weiber;
neben ihnen wandeln Mädchen, Krüge tragend wie Nebelka
einst am Brunnen; Reiter folgen — tausend sprengen sie nach Mekka.
Mehr noch! — nimmt der Zug kein Ende? — immer mehr! wer kann sie zählen?
weh, auch die zerstreuten Knochen werden wieder zu Kamelen,
und der braune Sand, der wirbelnd sich erhebt in dunklen Massen,
wandelt sich zu braunen Männern, die der Tiere Bilgel fassen.
Denn dies ist die Nacht wo alle, die das Sandmeer schon verschlungen,
deren sturmberwehte Asche heut' vielleicht an unsrer Zungen
klebt, deren mürbe Schädel unsrer Mose Fuß zertreten,
sich erheben und sich scharen, in der heiligen Stadt zu beten.

Immer mehr! Noch sind die letzten nicht an uns vorbeigezogen,
und schon kommen dort die ersten schlaffen Baums zurückgeflogen;
von dem grünen Vorgebirge nach der Wab el Mandeb-Genge
sausten sie, eh noch mein Reitpferd lösen konnte seine Stränge.
Haltet aus, die Mose schlagen! jeder Mann zu seinem Pferde!
Bittet nicht, wie vor dem Löwen, die verirrte Wilderherde!
Laßt sie immer Euch berühren mit den wallenden Talaren!
Aufet: Mah! — und vorüber zieh'n sie mit den Dromedaren.
Garret bis im Morgenwinde Eure Turbanfedern flattern!
Morgenwind und Morgenröte werden ihnen zu Westattern.
Mit dem Tage wieder Asche werden diese mächt'gen Zieher! —
Seht es dämmert schon! ermutigend grüßt ihn meines Noh's Gewieher.

(Ferdinand Freiligrath).

Dernburgs neues Programm.

Erst mehrere Monate nach seiner Rückkehr von Ostafrika trat Dernburg vor den Ausschuß der deutschen Volksvertretung (genannt die Reichshaushaltskommission) und entwickelte sein Programm bezüglich der Hebung der deutschen Kolonien im allgemeinen und Deutsch-Ostafrikas, das er nun aus persönlicher Anschauung kennen gelernt hatte, im besonderen. Diejenigen, welche von ihm erwartet hatten, daß er sich zu dem chauvinistischen Herren-Standpunkt bekennen würde, und dementsprechende Vorschläge von ihm erhofften, waren schwer enttäuscht. Das Programm Dernburgs war das Programm, welches auch der frühere Gouverneur von Südwestafrika, Generalmajor Bentweil, jahrelang, leider erfolglos, weil seine guten Absichten stets vom grünen Tisch und den Interessenten in Deutschland durchkreuzt wurden, vertreten hatte, das Programm der Humanität, der freundlichen Heranziehung der Eingeborenen an die deutsche Herrschaft, Erhaltung der Rassen, Förderung ihrer gesundheitlichen Lage und ihrer wirtschaftlichen Prosperität, Pflege der Gerechtigkeit, freies Walten der Missionen erklärte er als eine Notwendigkeit.

Durch den wirtschaftlichen Fortschritt sollten auch die kulturellen Erfolge herbeigeführt werden.

Als eine der wichtigsten großen Aufgaben des wirtschaftlichen Fortschritts bezeichnete er die Erschließung des Landes durch eine Eisenbahn, welche die Küstenplätze mit dem Gebiete der großen Seen verbinde und dadurch den am besten bevölkerten Gebieten den Warenaustausch ermögliche. Den Plantagenbau unter Leitung der Europäer verwarf er nicht ganz, erklärte

solchen jedoch für nebensächlich und die Eingeborenen-Produktion für die Hauptsache, nach dem Vorbilde der neueren französischen und englischen Kolonisationsmethode.

Nicht Enteignung der Eingeborenen, sondern Festigung derselben in ihrem Besitz sei anzustreben.

Der Schutz der eingeborenen Arbeiterbevölkerung gegen den Eigennutz und die Willkür der Weißen mußte unbedingt gesichert werden.

Die Ausführungen des Staatssekretärs der Kolonien in bezug auf das vorstehend kurz skizzierte Programm sind so interessant und lehrreich, daß wir sie hier nach dem amtlichen Stenogramm im Wortlaut folgen lassen.

Dernburg erklärte in der Sitzung am 18. Februar 1908 in bezug auf die Hebung der Verhältnisse Deutsch-Ostafrikas:

Meine Herren, es gibt in den Kolonien und auch hier eine große Anzahl wohlmeinender Leute, die da glauben, daß die Kolonisation von Afrika durch verwaltungstechnische Maßregeln erledigt werden könne und daß man durch Ausübung von Druck auf die Urbevölkerung oder durch Erlaß von allen möglichen Verordnungen nun die ganze Natur dieser Leute dort binnen kurzem würde umändern können, und ich kann es diesen Herren nicht verdenken, wenn sie von ihrem Standpunkte aus den Wunsch hegen, daß nun solche Maßregeln ergriffen werden; denn es handelt sich ja für sie nicht wie für das Deutsche Reich darum, auf eine planmäßige Weise einen wichtigen Zugang zu den Aktiven der Nation zu erhalten, sondern für sie handelt es sich darum, in verhältnismäßig kurzer Zeit Geld zu verdienen. Denn zu lange können sie nicht draußen existieren und je mehr sie erwerben können, um so besser. An den Lasten, die Kriege und Aufstände bringen, tragen sie zudem nicht mit. Auf der andern Seite muß die Reichsverwaltung, die ja dafür eingesetzt ist, diese Länder zu entwickeln, Austausch der Erzeugnisse solcher Güter, die in Deutschland entweder gemacht oder verbraucht werden, zu fördern, sich auf den Standpunkt stellen, daß sie in erster Linie die Güter in der in den Kolonien

zu hier
is Seite 54
unserer
Wörterbuch
Klärung
v. D. 2.

gültigen Rechts- und Staatsinstitutionen ist, daß sie demnächst darüber wachen muß, daß die finanziellen Opfer für die Kolonien, welche das Reich bringt, in verständigen Grenzen bleiben; drittens, daß sie die einzige Instanz ist, welche bisher existiert, die in der Lage ist, die Rechte der Eingeborenenbevölkerung, die ja doch auch bestehen, wahrzunehmen. Und wenn ich deshalb bei manchen dieser Wünsche und Beschwerden, die an mich gekommen sind, mich auf den Standpunkt stellen mußte: „Nein“ oder „Noch nicht“, so muß man daraus nicht entnehmen, daß ich etwa unfreundlich oder ablehnend oder voreingenommen bin, sondern daß ich das Tempo nicht billigen kann, indem man einer Bevölkerung, die Tausende von Jahren in einem anderen Kulturzustande war, eine andere Art von Rechtsauffassung und Familienverhältnissen, eine andere Art von Arbeitsmethode beibringen will. Da muß man andere Wege gehen, wenn man nicht die schönen, von meinen Vorgängern und allen deutschen Beamten in den Kolonien erzielten Resultate durch gewaltsame, unnatürliche, aufgepflanzte Versuche in Frage stellen will.

Das ist der Revers dieser Medaille, eine Vergleichung beider Seiten sollte uns wieder auf den Boden der nüchternen Erwägungen führen, die ja in dieser Kommission grundsätzlich gepflegt werden müssen. Wenn ich nun von Ostafrika selbst spreche, so ist den Herren im allgemeinen bekannt, daß ich dorthin eine Reise gemacht habe, und daß ich mich nicht mit dem begnügt habe, was man dort gewöhnlich zu sehen bekommt, sondern daß ich mir gesagt habe: willst du einen Einblick in das Land haben, wie es in seiner großen Masse ist, dann darfst du nicht an der Küste bleiben, sondern mußt dich so weit als möglich in das Innere des Landes begeben. Die Reise war nicht übermäßig lang. Ich habe aber doch in dreißig Tagen von Muanza nach Tabora und zurück ein gutes Stück Ostafrika gesehen, besonders da ich für Hin- und Rückreise verschiedene Routen gewählt hatte. Ich habe mich mit den dortigen Produktionsmethoden befaßt; ebenso wie ich mich sehr

ausführlich mit den Produktionsmethoden der Europäer an der Küste abgegeben habe. Ich glaube mir über beide ein sachverständiges Urteil gebildet zu haben, soweit es sich ein volkwirtschaftlich vorgebildeter Mensch, der das kleine Einmaleins kennt, überhaupt in so kurzer Zeit bilden kann. Ich kann mich selbstredend auch irren. Aber im allgemeinen glaube ich, daß ich mehr und besseres aus eigener Anschauung gesehen habe, als die allermeisten derjenigen, die über Afrika schreiben und der öffentlichen Meinung ihre Autorität aufzwingen wollen.

Meine Herren, ich stelle den Satz an die Spitze, den die Petition der Farmer in Ostafrika auch trägt, nämlich daß das wichtigste Aktivum in Afrika der Eingeborene ist. Da kommt es nun darauf an, einmal festzustellen: was ist denn die Situation der Eingeborenen da draußen? Jede Betätigung des Weißen führt ihn natürlich mit dem Schwarzen zusammen. Nur mit ihm kann er seinen Boden bestellen lassen und nur mit ihm den Handel betreiben. Ohne ihn wäre jede Kolonisation Ostafrikas ganz ausgeschlossen. Wie auf einem Zusammenleben von Weißen und Schwarzen allein eine Blüte dort entstehen kann, so liegt überall, wo das Zusammentreffen stattfindet, der Keim größerer Konflikte, sowohl für die Beziehungen der Regierung zu den Schwarzen, als auch aller anderen Stände: der Farmer und Pflanzler, der Kaufleute, selbst der Missionare.

Die Beziehungen der weißen Regierung zu den schwarzen Schutzgenossen und das Maß ihres Einflusses richtet sich stark nach örtlichen Umständen. Sie wissen z. B., daß wir in den volkreichsten und wahrscheinlich auch viehreichsten Teilen des ostafrikanischen Schutzgebietes so gut wie gar keine Macht ausüben, so über das ganze Land Ruanda und Urundi. Diese sollen ungefähr fünf Millionen Einwohner haben und sehr wohlhabend sein. In Ruanda wird jetzt der Versuch einer Residency gemacht — lediglich der Versuch. Wir glauben, einen sehr geeigneten Mann gefunden zu haben, der diesen Versuch machen kann. Aber von einem Erwerb dieser beiden Länder für die Kolonie Ostafrika, für Deutschland, ist vor-

läufig weder materiell noch politisch die Rede. Das bezieht sich aber auf ungefähr die Hälfte der sämtlichen in diesem Lande ansässigen Einwohner.

Die Bevölkerung im Schutzgebiet ist keineswegs gleichmäßig. An der Küste ist eine Mischung aller möglichen Negerarten vorhanden, natürlich ohne Stammeszugehörigkeit und natürlich auch ohne entsprechende einheimische Obrigkeit. Im Innern hat man überall, wo kriegerische Zusammenstöße zwischen Weißen und Schwarzen stattgefunden haben, die einheimischen Sultane und Häuptlinge entfernt und durch Beamte, auch schwarze Beamte, ersetzt. Im Westen herrschen die eingeborenen Sultane unter der deutschen Oberherrschaft, wobei auch wieder zu unterscheiden ist, daß in manchen dieser Länder die deutsche Gerichtsbarkeit allein herrscht wie in Nyamwesi und Usukuma, während die einheimische Gerichtsbarkeit zum Teil in den anderen Ländern geblieben ist.

Es ist eine Frage, die der Vergangenheit angehört, ob es richtig gewesen ist, jene einheimischen Sultane einfach zu entfernen. Ich habe mehr oder weniger die Empfindung gehabt, daß sich der Neger unter Umständen besser fühlt unter der einheimischen Herrschaft der Sultane. Aber das ist nun einmal geschehen und war vielleicht auch nicht zu vermeiden.

Es würde nunmehr die Frage sein: was soll mit den Ländern in Ostafrika geschehen, die noch unter der Zwischenherrschaft dieser einheimischen Sultane oder Fürsten oder Dorfschulzen oder, wie Sie die Leute nun nennen wollen, stehen. Es würde schwierig sein, das zu ändern, weil man dazu erhebliche Machtmittel braucht, und ich glaube, daß ich nicht noch einmal darauf aufmerksam machen muß, daß wir in Ostafrika bei einer Bevölkerung von 10 Millionen Einwohnern bei über 3 Millionen Männern nur 4000 schwarze Soldaten und Polizisten und vielleicht 120 oder 150 deutsche Offiziere haben. Wir müssen — und das ist die Basis unserer Macht — in Ostafrika durch das Ansehen, das die Verwaltung, besitzt, durch die Schärfe, mit der sie gegen jede Unbotmäßigkeit vorgeht, durch die tech-

nischen Hilfsmittel der Eisenbahnen, die, wie sie wissen, ihr noch unvollkommen zur Seite stehen, und durch das Maß von Vertrauen, welches sie bei den Schwarzen genießt, alles zusammenhalten. Wir müssen eine kräftige, gerechte, vertrauenswürdige Verwaltung dort einführen und halten, und vor allen Dingen den Leuten beibringen, daß sie von der deutschen Herrschaft einen Vorteil haben. Das ist ihnen sehr schwer beizubringen, schon deshalb, weil die Vorteile, die sie bisher gehabt haben, sehr gering waren gegenüber den Nachteilen, die die deutsche Verwaltung für sie nach ihrem Empfinden hatte in bezug auf Abänderung ihrer Gewohnheiten, auf Steuerzahlen, Kontrollen usw.

Ich möchte, daß meine Ausführungen in der Kommission die Überzeugung erwecken, daß die Regierung nur prosperieren kann, wenn sie eine vorsichtige, langsame, wie manche sagen „negerefreundliche“ und, wie ich sage, negererhaltende Politik einschlägt, und daß sie sich von dem Wege durch irgendwelche Interessen oder Ansichten nach keiner Richtung abdrängen lassen darf. Sie muß, wie in der Heimat, zwischen allen Erwerbs- und Berufsständen ausgleichend wirken und kann sich unmöglich auf die Seite der einen schlagen, um der anderen Seite einen Nachteil zuzufügen.

Ostafrika ist in deutsche Verwaltung genommen auf Grund eines kaiserlichen Schutzbriefes, der den Eingeborenen, und zwar jedem einzelnen kleineren Häuptling von Zeit zu Zeit wieder ausgestellt wird. Gegenüber den vielen Anforderungen, die an die schwarze Bevölkerung sowohl von der weißen Regierung als auch von den weißen Ansiedlern gestellt werden, muß untersucht werden, was dieser kaiserliche Schutz für die Eingeborenen für Folgen gehabt hat. Es ist festgestellt worden, daß der Einzug von Ruhe und Ordnung dem Neger eine größere Erwerbsfähigkeit gestattet und daß mit dem Ausbau von Eisenbahnen und Verkehrswegen diese Erwerbsfähigkeit noch gestärkt werden wird. Dagegen ist der Neger belastet mit einer Anzahl von Kontrollen und Verordnungen. Er fühlt

unter Umständen die Hand der Obrigkeit sehr schwer. Er teilt sich mit der Heimat in die Aufbringung der gesamten Lasten.

Meine Herren, die Plantagenprodukte des Schutzgebietes stellen ungefähr einen Wert von 1 600 000 M. gegenüber einem Gesamthandel von 36 Millionen Mark dar, und die Negerprodukte ungefähr 9 $\frac{3}{4}$ Millionen. Die Gültensteuer, die in den Plantagen von den Arbeitern aufgebracht wird, beträgt 60 000 M. Der Rest wird von den übrigen nicht in den Plantagen beschäftigten Schutzbefohlenen mit jetzt 1 740 000 M. aufgebracht. Die Ausfuhrprodukte des Negerz, Gummi, Häute usw., zahlen einen Ausfuhrzoll. Die Ausfuhrprodukte der Plantagen zahlen keinen Zoll, selbst wenn es Gummi ist. Kurzum, die gesamte Last, die Ostafrika trägt, diese 11 Millionen, teilt sich zwischen dem Neger und der Heimat. Die Plantagen haben daran keinen Teil, höchstens 2 $\frac{1}{2}$ % im ganzen. Die Konsumartikel der Weißen kommen noch in Frage, sie sind aber sehr mäßig besteuert.

Aus dieser Betrachtung heraus, wie die deutsche Herrschaft den Negern Vorteil zu bringen hat, wenn sie nicht ein leeres Wort bleiben soll, habe ich später noch verschiedene Vorschläge zu machen. Die Hauptforderung aber, die im Interesse des deutschen Ansehens und der Ruhe und Sicherheit des Schutzgebietes liegt, ist die, daß das Vertrauen der schwarzen Bevölkerung zur Regierung gestärkt wird. Deswegen habe ich mich grundsätzlich um die Rechtspflege im Schutzgebiet gekümmert. In der Natur der Neger liegt es, daß die bestehende Rechtsjustiz auf längere Zeit nicht wird geändert werden können, und daß gewisse Züchtigungsmittel, welche die Heimat perhorresziert, auch nicht abgeschafft werden können. Ich habe mich nach dieser Richtung ganz besonders umgesehen. Um so wichtiger ist es aber, daß diese Rechtslage mit Garantien umgeben bleibt, die eine willkürliche und unüberlegte Handhabung der Strafmittel bei mit richterlichen Befugnissen ausgestatteten Personen ausschließen. Ich habe bereits in einer Ansprache, die ich in Oldenburg gehalten habe, mich damit

beschäftigt, wie es in den Negengerichten zugeht, und kann mich hier darauf beschränken, zu sagen, daß ich sehr viel positives Recht gesehen habe, das zur Beilegung der Rechtsstreitigkeit und Abwendung der Rechtsbrüche in der Bevölkerung gesprochen wird. Das ist zu erkennen auch an der Haltung der Schwarzen.

Dagegen ist bei einem Streit zwischen einem Schwarzen und einem Weißen die Lage des Schwarzen ungünstig. Hat ein Weißer gegen einen Schwarzen etwas vorzubringen, so schreibt er einen Zettel, und die Sache wird durch einen Schauri abgemacht. Hat ein Schwarzer eine Klage gegen einen Weißen, so muß er hingehen zum Gericht, muß Vorschuß zahlen, er wird mit den in der Heimat üblichen Formalitäten belastet, er bekommt schließlich ein Urteil oder einen vollstreckbaren Titel in die Hand, mit dem er nichts anzufangen weiß, mit laufenden Terminen und Fristen.

Sie dürfen nicht vergessen, in dem ganzen Schutzgebiet — es ist zweimal so groß wie Deutschland — gibt es drei Gerichte, wo der Schwarze gegen den Weißen etwas vorbringen kann. Wenn ein Schwarzer eine Klage gegen einen Weißen in Tabora hat, so muß er sich in 17 Tagereisen nach Muanza begeben, und wenn einer in Mrogoro oder in Mombi oder in dem Hinterlande, das zu dem Daresalaamer- oder Tanga-Gebiet gehört, muß er mit der Eisenbahn einen Tag lang fahren.

Nun will ich versuchen, an einem einfachen Beispiel festzustellen, wie diese Rechtslage wirkt. Angenommen, der Weiße A. hat den Schwarzen B. als Plantagenarbeiter angeworben. Er hat ihm einen Kontrakt vorgelesen, wonach der Schwarze so und so viel Tage zu arbeiten hat, und der Schwarze hat sich einverstanden erklärt. Nach 14 Tagen läuft der Schwarze weg wegen schlechter Behandlung oder aus sonstigem Grunde. Der Weiße macht eine Anzeige, der Schwarze wird ergriffen, und wegen Kontraktbruchs bestraft — mit Prügel natürlich — und zwangsweise wieder zurückgeführt.

Unmittelbar darauf kommt der Weiße in Konkurs; das ist schon öfter vorgekommen und wird immer wieder vorkommen. Nun hat der Schwarze zu klagen. Es wird Termin angesetzt. Er hat die Forderung im Konkurs anzumelden, hat dem Termine beizuwohnen, er bekommt ein vollstreckbares Urteil und wartet — und wenn die Konkursmasse nach zwei oder drei Jahren ausgeschüttet wird, weiß man nicht, wo der Gläubiger überhaupt geblieben ist.

Das sind Dinge, die machen den Schwarzen Recht zu finden unmöglich. Es ist ein Gebot einfachster Gerechtigkeit, daß das geändert wird. Das kann durch die Einsetzung von weißen Eingeborenenkommisaren mit schiedsrichterlicher oder mit richterlicher Befugnis geschehen. Das würde einzurichten sein, wo die Reibeflächen zwischen Schwarz und Weiß erheblich sind. Es sind erhebliche Reibeflächen vorhanden im Norden, wo es etwa 15000 Sachfengänger, könnte man sagen, gibt, und wo mancherlei Übergriffe vorkommen — nicht nach den Wünschen der Plantagenleiter, aber aus dem vielfach dort wechselnden Personal heraus, und aus Lederstrumpfsideen, die jüngere Leute mitbringen, und für die die Plantagenleiter selbst nachher einzutreten haben.

Solche Übergriffe fanden oft genug aus Dornfaulheit und auch Eigennutz statt. Ich spreche mit Ehrlichkeit und sage alles, was zu sagen ist. Ich werde auch den Weißen, die dort sind, alle Gerechtigkeit widerfahren lassen.

An der Küste macht es einen unangenehmen Eindruck, daß so viele Weiße mit der Peitsche spazieren gehen. Auf dem Tische der Hauptkasse in Daresalaam habe ich eine vorgefunden.

Es ist heute noch stark üblich, und die Herren, die dort gewesen sind, werden es mir bestätigen. Jeder Weiße hat ein gewisses Züchtigungsrecht gegenüber seinen Diensthoten, Arbeitern usw.

Sie üben es nicht überall aus; wie ich gern bestätigen will, sondern schicken ihre Sachen nach dem Gericht.

Nun kommt es vor, daß mancherlei Fehler gemacht werden. Es liegt vielfach sehr daran, daß der Weiße, der hinauskommt, sich nicht die Mühe gibt, die Landessprache zu erlernen, und dann mancherlei für Bösartigkeit oder Schlechtigkeit ansieht, was es tatsächlich nicht ist.

Daneben besteht noch weiter ein Züchtigungsrecht auf Grund von Verordnungen, die den Plantagenleitern und den Karawanenführern zu züchtigen ermöglichen.

Meine Herren, ich mache diese ganzen Auseinandersetzungen nur zu dem ausschließlichen Zweck, damit Sie sehen, wie schwer es sein muß, Schwarze, die im Innern als freie Bauern ein Leben nach ihrem Gusto führen, in die Plantagen zu bringen.

Deswegen kann die Regierung mit dem besten Willen, wenn diese Dinge nicht geändert werden, nicht dafür einstehen, daß die Plantagen Arbeiter bekommen. Das ist ganz ausgeschlossen.

Die Geldstrafe — das ist ein Vorwurf, den ich der Verwaltung im gewissen Umfange mache — wird nicht beliebt. Ich habe bereits oben gesagt, daß die Prügelstrafe als solche nicht entbehrlich ist. Ich kann auch hinzufügen, daß auf Grund einiger Verordnungen, zu denen ich mich bekenne, darauf gesehen wird, daß die Prügelstrafe in ordentlicher Weise vollzogen wird. Ich bin dabei gewesen und habe es mir angesehen. Es ist natürlich unangenehm. Ich habe es mir sehr viel ekelhafter vorgestellt als ich es gefunden habe.

In dieser Rechtslage liegt eine Hauptschwierigkeit zwischen den Schwarzen und den Weißen. Eine weitere liegt in der Auffassung vieler Weißen über ihre Stellung den Schwarzen gegenüber. Die Argumentation ist diese: Deutschland kolonisiert, es soll die Schwarzen entwickeln. Dazu gehört Erziehung zum Fleiß und zu wirtschaftlicher Tätigkeit. Wir sind — und da kommt der Trugschluß, dem man leider öfters begegnet — die Deutschen, die Erzieher, und wir erziehen. Die Entwicklung des Landes und der Eingeborenen ist aber die Aufgabe der Regierung im Interesse der zu entwickelnden und der Gesamt-

interessen des Schutzgebiets. Dies ist die Hauptquelle der Konflikte. Ich behaupte, daß dadurch das Ansehen des Weißen sehr geschädigt wird. Ich weise auf die englischen Kolonien hin, wo das Ansehen des Weißen ganz gewiß nicht untergraben ist und wo diese Praxis, die bei uns in Afrika eingeführt ist, nicht existiert. Ich habe zur vollen Information der Kommission die englischen Arbeiterverordnungen abdrucken lassen. Ich habe einige Exemplare hier und werde nachher kontrastieren den Zustand, wie er heute in Ostafrika ist, den Zustand, wie ihn die Pflanzler in Ostafrika haben wollen, mit dem Zustande, wie er unmittelbar über der Grenze herrscht. Da werden Sie sehen, daß es unmöglich ist, bei unserer bisherigen Praxis zu verharren und daß man die Pflicht hat, sie zu ändern.

Es ist also beabsichtigt, einen Eingeborenenkommissar mit der Durchführung solcher Maßnahmen zu betrauen, wo eine größere Anzahl Schwarzer im Dienst der Weißen tätig ist. Die Hauptaufgabe der Kommissare soll die Wahrnehmung der Interessen der Schwarzen gegen die Weißen auch vor Gericht ex officio sein. Darauf lege ich Wert, daß die Beschwerden der Schwarzen ohne Kostenvorschuß, falls sie der Kommissar für begründet erachtet, aufgenommen werden müssen.

Ebenso ist zu überlegen die Einschränkung des Züchtigungsrechts des Karawanenführers wie des Plantagenleiters, ebenso notwendig wird es sein, mehr Geldstrafen zu verhängen. Vor allem wird es notwendig sein, daß die weißen Gerichte in ihrer rechtlichen Sphäre gegen Weiße ebenso unnachsichtlich vorgehen, die sich Grausamkeiten haben zuschulden kommen lassen, wie es gerechtfertigt ist, daß gegen Schwarze darin vorgegangen wird. Ich mache den weißen Gerichten keinen Vorwurf, aber die Empfindung, was recht und was unrecht ist, ist bei den Schwarzen vielleicht die einzig ausgebildete moralische Empfindung.

Meine Herren, was der moralische Wert des Schwarzen ist, kann man sehr schwer schätzen. Er ist wahrscheinlich ein sehr geringer, und die Evolution auf kulturellem Gebiete ist

eine sehr schwierige und langsame. Man kann sich dabei ungefähr auf die Vereinigten Staaten von Amerika beziehen, wo sie heute 9 oder 10 Millionen Neger haben, die sehr lange unter der Kultur gestanden haben und die seit über 40 Jahren Vollbürger eines Landes sind, das sich der größten staatlichen Freiheit rühmt. Es ist nicht viel daraus geworden; aber daß der Neger eine Empfindung für Schuld und Strafe hat und daß er eine Neigung für Reichtum und Wohlleben und Erwerb hat, darüber ist kein Zweifel. Der Neger ist selbst sehr geneigt, sich gegen Verordnungen zu vergehen, wie alle Naturvölker, die natürlich mit allen Mitteln arbeiten, weil sie nicht mit den entsprechenden Rechtsgarantien umgeben werden. In Deutschland ist es dasselbe: wo jemand glaubt, daß er keinen Rechtsschutz findet, nimmt er Selbsthilfe. Der Schwarze erwartet dann Strafe, wünscht aber die gleiche Strafe gegenüber allen angewendet zu sehen.

Die Situation der Behörde gegenüber der schwarzen Bevölkerung des Landes ist ganz besonders erschwert durch die Forderungen, welche von weißen Ansiedlern und Pflanzern immer an die Regierung gestellt werden, und durch die Arbeiterfrage in den Plantagen. Wir haben Plantagen in Usambara, im Bagamoyo-Bezirk und an der Südküste. Aber in diesen Landstrichen ist nicht genügend Bevölkerung, um für den intensiven Betrieb einer Plantage die notwendigen Arbeiter zu liefern. Manche Negerstämme sind dafür dauernd nicht zu gebrauchen. Ich erinnere an das Bergvolk im Unguruengebirge, die Wakua, die man als Arbeiter nicht gewinnen kann und die einer Auffaugung oder einer Vermischung entgegengehen. Besonders geschätzt sind nun die Wanyamweji. Aber sie sind nicht geneigt, ihre Arbeitskraft abzugeben, und sie bleiben in der Woche gern zwei oder drei Tage von der Arbeit weg.

Meine Herren, das ergibt sich alles aus einer ganz natürlichen Konfiguration. Sie sehen da an der Karte diesen kleinen dunklen Strich rechts vom Kilimandscharo: dort ist das Gebiet, wo sich sämtliche Plantagen zusammengedrängt haben.

Welchen Grund das hat, habe ich nie recht erfahren können. Ich nehme an, daß es damit zusammenhängt, daß man dort zunächst mit Kaffee- und Tabakplantagen hat anfangen wollen und in die Ebene übergetreten ist, und weil dort zuerst die Eisenbahn war und der Güterverkehr möglich gewesen ist. Dort sitzen diese Plantagen. Nun wissen Sie, meine Herren, daß wir eine Landgesetzgebung haben, welche sagt, daß kein Eingeborner von seiner Schamba vertrieben werden darf und so viel Land haben muß, wie er zu seiner Familie und deren Vermehrung braucht. Da die Plantagen nur auf sehr großen zusammenhängenden Landflächen eingerichtet werden können, müssen sie dorthin gehen, wo wenig Bevölkerung ist. Wo dichte Besiedelung vorhanden ist, kann kein Plantagenbau stattfinden. Infolgedessen müssen die Plantagenarbeiter von anders woher geholt werden, und das ist die Ursache, weshalb die Arbeiter aus dem Innern gezogen werden. Nun verlangt aber eine Plantage bei dem intensiven Betriebe eine sehr große Menge von Arbeitern. In dem Entwicklungsstadium d. h. bis sie überhaupt dazu kommt, etwas einzubringen, braucht eine Plantage ungefähr einen halben Arbeiter pro ha, und wenn sie im Betriebe ist, braucht sie, je nachdem einundeinviertel bis einundeinhalb Arbeiter. Das ist wenigstens von den Pflanzern in einer Schrift niedergelegt, die sie mir überreicht haben. Wenn sie also 15 000 ha dort in Bebauung genommen haben, müssen sie mindestens 15 000 Arbeiter hinführen, und diese 15 000 Arbeiter müssen von den dort ansässigen, in den Plantagen nicht arbeitenden Schwarzen ernährt werden. Deswegen mache ich darauf aufmerksam, daß die Arbeiterfrage gerade dort akut ist, weil die Plantagen in einem verhältnismäßig menschenarmen Lande sind und viele Menschen brauchen. Wir werden das bei der These, die die Pflanzern aufgestellt haben, beachten müssen. Es ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß man in einem Bezirke, wo viele Arbeiter ansässig sind, einen gewissen Zwang ausüben könnte. Daß man sie aber mit Gewalt an die Küste treiben kann, das halte ich für ausgeschlossen.

Also die Arbeiter sind nicht geneigt, in einer Strecke die ganze Woche hindurchzuarbeiten. Das ist unerwünscht. Die Pflanzer verlangen, daß der Fiskus mit Machtmitteln eintritt und die Schwarzen zum Zuzug nach Usambara und zweitens zur Arbeit zwingt. Ich glaube, wenn die Pflanzer einfach für sich selbst sorgen wollten und vom Fiskus nichts weiter verlangten, als daß er allen Erwerbskräften im Schutzgebiet seine Fürsorge zuwende, die ganze Diskussion überflüssig wäre. Die Pflanzer aber können nicht verlangen, daß die Regierung mit Machtmitteln eingreift und daß dadurch gegenüber den Eingeborenen ihre Kraft zugunsten eines einzelnen Erwerbstandes untergraben wird.

Es ist nicht zu leugnen, daß ein gewisser Notstand vorliegt oder demnächst vorliegen kann. Allerdings hat der Führer der Pflanzer in der „Deutschen Kolonialzeitung“ erklärt: Zurzeit gibt es keine Arbeiternot. Ich glaube, daß die Plantagenarbeiter und die kleinen Ansiedler in gutem Glauben den Schutz der Regierung anrufen. Wir dürfen bei diesen Fragen nicht vergessen, und ich bin der letzte, der es vergißt, daß die Leute hinausgekommen sind auf Grund von Wünschen, die auch von der Regierung geteilt worden sind; und die Regierung muß, so weit sie es kann, für diese Leute eintreten, und sie wird eintreten.

Der gegenwärtige Zustand ist aber entstanden aus einer Kette von falschen und unbedachten Maßnahmen der Pflanzer und einer Neigung zu einer sehr heftigen Behandlungsart, für die vielleicht das Klima verantwortlich ist.

Nun hat man der Regierung eine besondere Schwarzenfreundlichkeit, ja Weichlichkeit gegenüber den Eingeborenen angedichtet, und ich muß demgegenüber konstatieren, daß von der Regierung die Interessen sämtlicher in den Schutzgebieten tätigen Personen abzuwägen sind, auch besonders auf das Deutsche Reich und seinen Säckel gerücksichtigt werden muß. Vor allem darf man nicht vergessen, daß der weiße Plantagen-

besitzer und der Ansiedler jede Möglichkeit hat, seine Wünsche zur Geltung zu bringen: er macht Immediatgesuche, er schreibt an den Reichskanzler, an die Reichs-Kolonialverwaltung, an das Gouvernement, an den Bezirksamtmann und an zwei Zeitungen. Er hat jetzt auch an das hohe Haus geschrieben und an unzählige andere. Er waltet in den Kolonialgesellschaften direkt als Aktionär, und da seine Beschwerden gewöhnlich auch die allgemeine Aufmerksamkeit auf Grund des neuen und alten Interesses für die Kolonie in Anspruch nehmen, so hat er immer eine sehr große Resonanz. Ich habe, seitdem ich aus Afrika zurückgekommen bin, heute die erste Gelegenheit, mich zu rechtfertigen gegen unzählige Angriffe, die gegen mich gerichtet worden sind. Die Presse steht mir nicht zur Verfügung, Preßgesetz gibt es im Schutzgebiet nicht.

Der Schwarze hat gar keine Möglichkeit, seine Beschwerde anzubringen; seine Sache bleibt ungehört, er kann nicht schreiben, kann nicht lesen, seine einzige Vertretung ist das Gouvernement und das Bezirksamt. Wenn der Gouverneur Rückgrat genug hat, ist für ihn die Sache leichter. Die Bezirksamtleute sind aber in weit schwierigerer Lage. Dann aber kommt der ungeheuer häufige Wechsel der Beamten an manchen Stellen in Betracht. Der Beamte hat sich noch nicht eingelebt, er muß sich erkundigen und erkündigt sich bei denen, die ihn umgeben. Er wünscht, sich dort gut einzuführen, um sich nicht von vornherein die Stellung zu erschweren. So kann damit Gründen nicht so oft widersprochen werden, wie es sein sollte. Nun muß ich aber vom Standpunkt der weißen Pflanzer und Ansiedler zugeben, daß auch für sie dieser Zustand nicht bequem ist und auch ihnen gegenüber eine Ungerechtigkeit in sich schließt; denn wenn man sich gegenüber einem Schwarzen beschweren will, wenn man die ganze Entwicklung nicht für richtig hält, wenn man überhaupt irgendwie eine Änderung oder Besserung seiner Lage erzielen will gegenüber der schwarzen Bevölkerung, so muß man sich an das Gouvernement wenden. Nun ist aber das Gouvernement ex officio Verteidiger der Gegenpartei, und

wenn auch vielleicht der Gouverneur in der Lage ist, völlig unabhängig und gerecht zu entscheiden, so wird doch das Vertrauen zwischen den Weißen und der Regierung dadurch erheblich erschüttert.

Die Klage über Arbeitermißstände, deren es eine Anzahl berechnete gibt, werden bei der Regierung angebracht, die Richter sein und die Sache des Schwarzen vertreten muß. So kommt auch die Regierung in Schwierigkeiten, während es besser wäre, wenn sie als über den Parteien stehende Instanz fungieren könnte. Das ist ein weiterer Grund für die Einführung der Eingeborenentommissare.

Die Lage des schwarzen Plantagenarbeiters habe ich Ihnen geschildert. Das Gouvernment hat sie in dem Jahresbericht über Ostafrika dargestellt, der diesmal außerordentlich umfanglich geworden ist und auch so bleiben soll. Ich weiß nicht, ob den Herren das kleine Heft durch die Hand gegangen ist, das das Gouvernment durch das Reichsamt des Innern ausgegeben hat, welches bezweckt, in kaufmännisch-technischer Weise die deutsche Kaufmannschaft auf das Absatzgebiet aufmerksam zu machen und die Waren zu beschreiben, für welche Deutschland in Konkurrenz treten kann.

Der Lohn der Plantagenarbeiter ist in der letzten Zeit etwas gestiegen, aber unbedeutend. Er hat sich seit 10 Jahren kaum verändert. Ich kann darüber die Tabellen vorlegen. Er geht je nach Bedarf bis zu 60 Pfennig (40 Heller), ist an sich nicht gering. Aber im übrigen sind die Bedingungen, wie ich schon gesagt habe, nicht günstig, und da komme ich auf einen allgemeinen Gesichtspunkt.

Man spricht oft von der Faulheit, von der geringen Leistung der Schwarzen, und es ist ja ein so allgemein angenommener Satz, daß ich mich auch gegen ihn nicht wehren möchte. Ich bin aber der Sache nach einer anderen Methode nachgegangen und habe gesagt: ihr Mediziner, bitte erzählt mir einmal etwas, was die Wissenschaft über die physische Leistungs-

fähigkeit des Schwarzen weiß; wenn man sagt, der Schwarze ist faul, muß man doch sagen, wie fleißig kann er denn sein, was kann er denn leisten? Da habe ich nun gefunden, daß darüber außerordentlich wenig existiert. Ich habe auf den Reisen die Beobachtung gemacht, daß von den Schwarzen sehr schnell und ausdauernd gegangen wird, daß große Lasten auf dem Kopfe sehr lange Strecken bis zu 50 km an einem Tage ohne Pause getragen werden. Ich habe ebenso gefunden, daß z. B. im Heben und in allem, was mit den Armen und mit den Bauchmuskeln gemacht werden muß, die Kraft der Schwarzen außerordentlich gering ist. Da stehen immer zwei Männer zusammen; wenn ein Neger eine Last aufnehmen will, muß ein anderer ihn dabei helfen. Wenn sie den Bericht lesen, den Baumeister Schubert über die Beobachtungen gemacht hat, die sich bei den Arbeitern in Mrogoro zeigen, so werden Sie sehen, daß es nicht möglich ist, daß die Schwarzen die Erde wie der deutsche Arbeiter mit der Schaufel werfen. Sie heben den Sand in kleinen Körbchen, sind zehn Schritt gegangen und haben ihn dann ausgeschüttet. Daraus ergibt sich, daß über die Körperverhältnisse des gesunden Negers noch weitere Beobachtungen gemacht werden müssen, ehe man sagen kann: das und das ist dem Mann zuzumuten. Ich will auf die Frage der Sanität nachher eingehen, wollte aber das vorausschicken, weil das nicht unwichtig ist.

Eine Mahlzeit nimmt dieser Arbeiter am Ende des Tages. In 24 Stunden bekommt er einmal warm zu essen. Dazu kommt, daß das Klima in Mambara von dem seiner Heimat sehr verschieden ist, daß die Arbeitszeit 10 Stunden beträgt, und daß es sich zum Teil um schwere Arbeit handelt, daß die Arbeiter in der Plantage noch ihre Hütten bauen müssen, daß sie ihr eigenes Feld zu bestellen haben, wenn sie nicht auf dem Markt einkaufen gehen wollen. Ich habe öfter gehört von Plantagenleitern, sie hätten den zugewanderten Arbeitern Land zur Erzeugung ihres Bedarfes gegeben. Aber der Mann kommt am 1. April an und er kann am 1. September erst

ernten. Was soll er inzwischen machen? Die Plantagen liegen von den Märkten oft 5 bis 6 Stunden entfernt. Ich habe in keiner Plantage einen Markt gesehen, der ausgereicht hätte, die gesamten Arbeiter zu verproviantieren. Der Tag, an welchem der Proviant eingekauft wird, ist auch ein schwerer Tag. Usambara ist ein Höhenland. Er steigt hinunter, kauft ein, besucht auch wohl ein paar Freunde, dann geht er aber wieder zurück in die Berge mit dem Eingekauften. Daß er sehr raschen Temperaturschwankungen ausgesetzt ist, kommt hinzu. Ein Mann, der bis 10 Stunden schwer gearbeitet hat, muß, da er seine Familie aus dem Innern nicht mitbringen kann, sein Essen selbst bereiten, also bekommt er erst zwei Stunden nach beendeter Arbeit etwas zu essen.

Der Kontrakt ist oft sehr lästig. Er lautet nicht auf Kalendermonate, sondern auf Arbeitsmonate. Ein Lohn von 12 Kupien versteht sich für 30 abgearbeitete Tage. Die Sonntage werden nicht bezahlt. Die Regentage werden auch nicht bezahlt, da gibt es aber wohl Zehrgelder. Kommen Betriebsstörungen vor oder wird der Mann krank, so bekommt er nichts, aber um alle Tage, wo er nicht gearbeitet hat oder wo kein Betrieb war, verlängert sich der Kontrakt. Nach 30 Arbeitstagen bekommt er eine Monatsmarke und nach 6 Arbeitsmarken seinen Lohn, wie der Kontrakt gewöhnlich lautet, d. h. nach 9 Kalendermonaten, aber auch erst nach einem Jahre und länger. Nimmt der Arbeiter Vorschuß, so verlängert sich seine Dienstzeit automatisch.

Das sind alles Maßnahmen, meine Herren, die eine gewisse Not den Pflanzern aufgezwungen hat. Es ist nicht etwa der böse Wille oder Ausbeutungsfucht oder die Neigung, die Leute zu drücken. Die Regierung hat seit 1897 nichts getan für eine Arbeitergesetzgebung, weil Erfahrungen fehlten. Wir haben 1897 ein Gesetz gehabt, dann ist es aufgehoben worden und nichts an die Stelle gekommen. Die Leute sind dadurch auf die Selbsthilfe verwiesen worden, und wenn sich jetzt Notstände herausstellen, so darf man die Plantagenbesitzer nicht

allein verantwortlich machen. Aber die Situation ist jetzt unerquicklich.

Nun kommt folgendes dazu. Unter der Situation, daß der Mann $\frac{1}{4}$ Jahre weg ist, leidet die Fortpflanzung außerordentlich, die Familien sind verwaist. Ansiedeln im Küstengebiet will sich der Neger nicht. Wo er es tut, wird aus dem Arbeiter schnell ein kleiner Bauer, und das mögen zum Teil die Pflanzler nicht und das aus berechtigten Gründen.

Nun ist aber doch nicht zu verwundern, daß unter solchen Umständen die Schwarzen sehr ungern nach der Plantage gehen, wo sie solchen Dingen ausgesetzt sind. Ich stehe ganz auf dem Standpunkt, daß wir die Arbeiter dort beschaffen sollen und wohlfeil beschaffen müssen auf Grund solcher Maßnahmen, die den Mann dazu veranlassen, gern hinzugehen. Nun hat sich aber jetzt die Situation dort verändert. Früher war es im Innern von Ostafrika schwer, etwas zu verdienen; an der Küste konnte der Schwarze etwas verdienen. Jetzt gehen die Karawanen über den Viktoria-Nyanza nach Tabora, nach Udjiji. Nach Mvogoro haben wir die Bahn und wollen sie weiterführen. Überallhin kommt der Handel und der Mann wird angereizt, sich Unangenehmes und Nützlichendes zu verschaffen. Die Leute fangen an zu bauen, besonders als Ackerbauer, nachdem sie die Sicherheit haben, ihre Ernte hereinzubekommen; und so werden die Leute im Innern des Landes begehrt. Sie werden besser gestellt und können sich alles besorgen, ohne 45 Tage bis zur Küste laufen zu müssen. Dadurch wird die Situation an der Küste erheblich erschwert. Ich will hier Licht und Schatten gleich verteilen.

Nun will ich auf die verschiedenen Einzelheiten nicht eingehen, aber ich muß noch eins bemerken: Die Art, wie die Arbeiter angenommen werden, macht auch große Schwierigkeiten. Das sind nicht sehr geschickte Leute und manchmal auch nicht ehrliche Leute, die das machen. Sie zahlen den Sultanen ein Bäckschick und dafür bestimmen

diese die Leute zur Arbeit, und „gehst du nicht willig, so brauch ich Gewalt“. Dafür kann auch der Pflanzer nichts, ganz und gar nichts, aber es ist eine der Schwierigkeiten mehr, die die Regierung hat, die Leute zu besorgen.

Nun will ich nur der Vollständigkeit halber sagen, wie denn die Pflanzer selber diese Mißstände abstellen wollten, und dabei bemerken, wie die Engländer sowohl in Britisch-Ostafrika als auch im Süden diese Frage gelöst haben.

Es wird zunächst verlangt, daß die Steuer von 3 auf 12 Rupien per Jahr erhöht werde, und zwar natürlich nur in den Küstenbezirken, weil dort die Leute bessere Arbeitsgelegenheit haben. Das ist ein Argument, gegen das an und für sich nichts zu sagen ist, und es klingt ungeheuer plausibel. Wenn Sie es aber untersuchen, kommen Sie darauf: Die Arbeiter, die die Plantagen haben wollen, wohnen nicht an der Küste; insolgedessen wird niemand aus dem Taborabezirk, wo er eine oder höchstens drei Rupien bezahlt, nun mit Vergnügen sich nach der Küste wenden, wo er das Vierfache bezahlen soll. Aber dazu kommt noch etwas anderes. Vom Gesichtspunkt der allgemeinen Verwaltung muß man wissen, daß Ostafrika durch die vielen Karawanen, die dort durchgehen, beständig mit einem schwarzen Telegraphennetz überzogen ist. Die Leute berichten, wenn ein Weißer oder Schwarzer totgeschlagen wird, und sie können das schneller erfahren als seinerzeit mit dem optischen Telegraphen. Nun haben wir im Ruanda und Urundi noch keine Steuer. Im Ugogobezirk und in Usukuma ist eine Rupie Steuer; an der Küste und im Taborabezirk drei Rupien und im Taborabezirk kommen aber kaum noch 6 bis 7% der Steuer ein. Wie schon erwähnt; Von den ganzen 10 Millionen Steuern, die einkommen müßten, kommen 1 800 000 ein. Glauben Sie, daß wir uns die Einführung allgemeiner Steuern möglich machen, wenn man hört, erst haben die Deutschen mit einer Rupie angefangen, nun sind sie schon auf 12 gekommen; da wollen wir lieber die Leute zum Lande hinaus werfen! Das darf man alles nicht vermissen.

Ich habe nun darauf geantwortet: Verlangt ihr die hohe Steuer, dann wird niemand nach Usambara gehen in die Plantagen, und darauf haben die Leute gesagt: ja, dann müßt ihr eben einen gewissen Zwang anlegen. Der Zwang soll ein gewisser „leiser Druck“ sein. Meine Herren! Zwang ist Zwang. Entweder tut's der Mann, weil es sein Interesse ist, oder er tut es, weil es befohlen war. Nun bitte ich Sie zu überlegen: Im Bezirk von Tabora, wo die Leute herkommen sollen und im Bezirk von Usukuma haben sie im ganzen 400 Mann Soldaten und Polizei gegenüber einundreiviertel Millionen Schwarzen. Nun bitte ich Sie, mir zu sagen, wse der Fiskus einen solchen Befehl, daß jemand nach der Küste gehen soll, durchführen sollte. Wenn der Fiskus aber einen Befehl nicht durchführt, dann ist die Sache überhaupt alle, und die deutsche Herrschaft ist dann zu Ende.

Wir dürfen deshalb nicht befehlen, was wir nicht durchführen können.

Nun hat man gesagt: Nehmt die 12 Rupien und stellt dafür Polizei an; für 3 Millionen Rupien könnt ihr soviel Polizei stellen, daß ihr die Leute hindern könnt, nach dem englischen Gebiet auszuweichen. Nun sehen Sie sich auf der Karte einmal die Länge der Grenze an! Der Viktoria-Nyanza ist so groß wie das Königreich Bayern, und die Grenzen sind 940 Kilometer lang. Ein solches Gebiet absperren zu wollen, das hat schon keine Raifon mehr.

Wenn ich also die Steuern an der Küste so stark erhöhe, bekomme ich im Innern erst gar nichts, und wenn ich einen Arbeitszwang einführe, wo wir dies vielleicht könnten, bekommen wir den Widerstand der kräftigsten Elemente im Innern, welche der deutschen Herrschaft heute noch nicht unterworfen sind, vor allen Dingen der großen Völker, die sich in sich vollständig abgeschlossen haben.

Nun aber komme ich auf die Zollgesetzgebung. Es sollten, so wird gewünscht, die Einfuhrzölle für die Negereiswaren bis auf 25% erhöht werden, also hohe Nahrungsmittelzölle

eingeführt werden; das: in einem Lande, das so fruchtbar ist wie kaum irgendein zweites, wo aber heute noch nicht die notwendige Frucht gebaut wird, um die Leute zu ernähren. Wir führen 1800000 M. Reis ein. Nun nicht etwa, um die Reisproduktion dort zu stärken, sondern um dem Arbeiter sein Leben zu verteuern und ihn dadurch zu zwingen, eine erhöhte Produktion zu leisten, soll dieser Zoll auf 25% erhöht werden. Dafür sollten allerdings die Alkoholzölle, z. B. für Rotwein usw., erniedrigt werden.

Sodann sollten Arbeitskarten eingeführt werden usw.

Meine Herren, auch dies habe ich Ihnen nur gesagt, nicht weil ich dadurch diejenigen, die es betreiben, in ein ungünstiges Licht bringen will; das liegt mir ganz und gar fern. Ich bin der Überzeugung, daß die Leute nur das tun, was sie nach ihrer Kenntnis für richtig halten. Aber ich muß Ihnen vortragen, weil ich in Kontrast stellen will dasjenige, was die Engländer gemacht haben, damit Sie ersehen, wie unmöglich es ist, irgend etwas überhaupt zu halten, das so eingerichtet wird.

Aber die Situation in Britisch-Ostafrika ist einfach die folgende: Das Land ist genau so groß wie unseres, hat aber nur den dritten Teil der Einwohner. Es hat auf den Höhen versucht, größere Ansiedlungen von Weißen zu machen. Diese haben nicht nach Wunsch reifflirt, aus demselben Grunde, aus dem gewisse kleine Siedelungen in Deutsch-Ostafrika auch in einer gewissen Gefahr sind. Das liegt daran, daß der Europäer in den Tropen ohne erhebliche Geldwirtschaft nicht auskommt. Er muß für seine Kleider, Schuhe, für Utensilien, Medizin usw., für Kinder bares Geld in der Hand haben, weil er das in seiner neuen Heimat nicht produzieren kann, nicht beschaffen kann; er muß schon exportieren. Ein exportierender Bauer hat es schwer, wenn er nicht eine Kultur entdeckt, die man nicht andertwärts herstellen kann.

Nun sage ich: Deutsch-Ostafrika ist merkantil viel besser entwickelt als Britisch-Ostafrika. Wenn wir die Bahnen früher

gebaut hätten, würden wir die Engländer um verschiedene Pfundbelangen schlagen. Jetzt kommt der britische Unterstaatssekretär und sagt: Macht das wie die Deutschen in Usambara, baut Plantagen, gebt es auf mit eurer Kleinwirtschaft! Was daraus wird, will ich nicht sagen; aber hier haben Sie die Konkurrenz. Deswegen sage ich: wir müssen unsere Kräfte nach allen Richtungen hin zu konzentrieren suchen. Wir können es aber nicht tun auf dem Wege der Gewalt und des Zwanges, weil wir die Mittel nicht haben; nicht auf dem Wege der Bedrückung durch Steuern und Lasten, weil uns die Leute sonst unfehlbar ausweichen in das benachbarte Gebiet. Wer z. B. die Zustände an der russischen Grenze kennt, der weiß, daß jeder herauskommen kann aber keiner herein. So auch hier. Jeder kann hinaus, aber keiner kann herein, denn dann wird er bestraft. Also bleibt er draußen.

Wir müssen uns mit den Mitteln, die die Engländer seit lange haben und die verständig sind, versehen, nämlich mit einer physisch-sanitären Besserstellung gegenüber einfachen Verhältnissen und einer menschlichen und gerechten Behandlung.

Meine Herren, im Munde der Pflanzer klingt das alles so, als ob das ganz neue Dinge wären, die von Herrn v. Rechenberg oder mir verlangt werden müßten. Im Jahre 1905 hat aber Herr Graf Gözen in langen Reskripten dieselben Forderungen zurückgewiesen. Derselbe hat überhaupt auf einen den hier entwickelten Grundsätzen durchaus analogen Standpunkt gestanden. Als Herr v. Rechenberg zum Gouverneur von Ostafrika bestimmt wurde, hatte ich die Plantagengesellschaften in Berlin versammelt und ihnen Vorschläge gemacht: Organisiert euch, macht eine Genossenschaft, wir wollen euch helfen! Die Pflanzergesellschaften waren verständig und haben es getan. Sie haben einen Mann hinausgeschickt, und als der ankam, haben die dortigen Pflanzer den Vertrag nicht anerkannt und einen neuen mit dem betreffenden Anwerber gemacht. Es ist ein großer Prozeß daraus entstanden, und heute sind wir wieder da, wo 1906 Herr v. Rechenberg an-

gefangen hat. Ich muß es zum Lobe der hiesigen Zeitungen der großen Plantagen sagen, daß sie das Vorgehen ihrer Vertreter draußen weder jetzt noch früher billigten.

Also die Herren da draußen, die sich beschwerdeführend an das hohe Haus gewendet haben, mögen sich beruhigen. Es ist das warme Interesse für sie und der Wunsch vorhanden, sie zufrieden zu stellen; aber es kann nur mit solchen Mitteln geschehen, die nichts Gleichberechtigtes im Schutzgebiete verlegen. Und jetzt komme ich auf diese anderen Interessen im Schutzgebiete.

Ich habe Ihnen ja vorhin schon über die Beobachtungen Mitteilungen gemacht, die ich dort angestellt. Da habe ich folgende Bemerkungen gemacht. Ich habe in Bukoba, Schirati, in Mufuma, in Unyamweji lange Strecken gefunden, die regelmäßig bestellt waren, auf denen die Leute prosperieren mit Ackerbau und Viehzucht. Zunächst habe ich mir diese Gegenden auf das angesehen, was dort eigentlich natürlich wächst, d. h. Nahrungsmittel, von denen man, ohne etwas zu tun, leben kann. Solche gibt es aber dort gar nicht. Niemand kann in Ostafrika im Hochplateau leben, wer nicht für sich selbst etwas arbeitet. Ob er Gummi oder Wachs einsammelt oder ob er Viehzüchter ist, oder Reis, Hirse oder etwas anderes baut, — irgend etwas muß er tun. Das wird bewiesen durch die Ziffern, welche der Handel von Ostafrika zeigt. Der größte Ausfuhrhafen des Schutzgebietes ist Muanza. Wenn Sie nachsehen wollen, was dort ausgeführt ist, so ist es mehr als in Tanga. Muanza hat aber keine Plantagen, und wenn jemand sagt, daß das ein Urteil sei, das auf falschen Voraussetzungen beruhe, so weise ich die Herren auf Togo hin, wo gleichfalls Handel getrieben wird und Steuern bezahlt werden, wo aber nur eine einzige Plantage ist.

Daraus habe ich den Schluß gezogen, daß wir für die Zukunft von Ostafrika sehr gutes erwarten können, wenn wir neben der Pflege der dort eingewanderten europäischen Unternehmungen uns auch und zwar sehr

stark mit der Förderung und Entwicklung der Negerkulturen beschäftigen. Die Leute sind durchaus gelehrt, und wenn sie auch nicht so arbeitswillig sind, so sind sie doch sehr erwerbsbegierig. Dazu haben sie bisher nicht die Möglichkeit gehabt, und es hat kein Verkehr und kein Handel stattgefunden in dem genügenden Umfange; jetzt aber, wenn sie sehen, daß aus Schirati schon eine große Menge von Erdnüssen kommen. Sie können sehen, daß auf 150 km von Muanza dasselbe geschieht und Sie können sehen, daß sich ein Handel von 8 Millionen Mark am Viktoriassee etabliert hat und nur auf der Basis der Negerproduktion.

Daraus habe ich geschlossen, daß die Aufgabe, die uns hier zunächst vorliegt, ist: die Produktion und die Konsumfähigkeit des Schwarzen zu heben. Der Weiße sorgt, wie Sie sehen, für sich selbst, auch wir sorgen für ihn. Aber der Schwarze muß in seiner Konsumfähigkeit und vor allem in seiner Sanität gehoben werden. Das liegt ebenso im Interesse der Plantagen. Je kräftiger der Arbeiter ist, desto mehr leistet er.

Die Sanität liegt sehr im argen. Es gibt sehr wenig alte Neger. Die Sterblichkeitszahl der Neger steht noch nicht fest, sie ist aber zweifellos größer als die der Weißen. Wir haben verschiedene Seuchenherde dort, wie Pest und Bepra, alle Sorten von Magenkrankheiten, von Darmkrankheiten; wir haben große Syphilissterblichkeit, wir haben viele Malaria, die Schlafkrankheit. Kurzum, die Anzahl der Krankheiten, von denen diese Neger verfolgt werden, ist Region.

Bis dahin haben wir Ärzte gehabt, die vorzugsweise im militärischen Dienste waren, auch bei den Eingeborenen viel genutzt haben, aber auch schnell versetzt wurden. Aber zu einem organisierten Studium ist es nicht gekommen. Dielem Mangel soll abgeholfen werden. Ich will als erstes hier versuchen, ein Sanitätsamt einzurichten, welches sämtliche mit der Neger-sanität zusammenhängende Fragen studiert und alle Mittel angibt, welche notwendig sind, um eine bessere Sanität,

vor allen Dingen um eine bessere Fortpflanzung zu ermöglichen. Es ist eine sehr merkwürdige Situation, daß im Durchschnitt auf die Hütte in Ostafrika drei bis dreieinhalb Menschen kommen, d. h., daß die Kinderzahl entgegen allen anderen Beobachtungen bei Negern sehr gering ist. Es ist dem Oberstabsarzt von Ostafrika der Auftrag erteilt worden, einen solchen Plan, das Land in einzelne Physikatsbezirke zu teilen, auszuarbeiten und sich damit zu beschäftigen. Die Mittel werden dafür, wie ich Ihnen später erläutern werde, aus dem Kommunalfonds genommen.

Ebenso, meine Herren, müssen wir auch die wirtschaftlichen Kräfte zusammenfassen, um eine bessere Landeskultur dort einzuführen, Versuche mit besseren Getreidearten zu machen und Wasserstellen aufzusuchen. Ich meine, die Wasserfrage in Ostafrika ist nahezu so wichtig wie die Wasserfrage in Südwestafrika. Aufforstungen, Anpflanzungen von Kulturbäumen müssen vorgenommen werden, und die Vertilgung der Viehkrankheiten, Einführung besserer Sorten Vieh, — alle diese Dinge muß ein Landeskulturamt in die Hand nehmen, und die Mittel auch dafür sollen aus den Kommunalfonds fließen.

Ich komme hiermit auf die Mitteilung des Herrn Dr. Semler zurück, daß im nächsten Jahre die 50 % und die 30 % nicht mehr aus der Häuser- und Hüttensteuer ausgefondert, sondern ganz vereinnahmt werden sollen, und daß dafür in Form von Pauschalen in jedem der einzelnen Bezirke — ich will die Kommunen möglichst aufheben — solche Summen eingesetzt werden. Dagegen müssen DaresSalaam und Tanga eine städtische Verfassung haben.

Damit komme ich auf die Verwaltung des Schutzgebietes und habe darüber sehr ausführlich zu sprechen.

Die Kommunen, die im Jahre 1901 gemacht worden sind, sind nur dem Namen nach Kommunen, und wenn Sie sehen, wer diese Bezirksräte sind, die bei der Aufstellung des Etats mitwirken, so kommen Sie zu sehr merkwürdigen Sachen. Da ist z. B. der Bezirk Rufiji. Dort ist ein Landwirt und sind

zwei staatliche Förster die Bezirksräte, und drei Unteroffiziere sind Stellvertreter. So ist es an vielen Stellen. Die Mittel aber, die diesen eigentlich nicht existierenden Kommunen zugeführt werden, sind ganz gewaltig. Sie würden in diesem Jahre 750 000 M. aus Hüttensteuer und 90 000 M. aus Gewerbesteuer sein. Das schien mir schon viel zu viel. Ich habe ihnen deshalb 250 000 M. für die Landespolizei abgenommen.

Aber wenn man die Wirtschaftspläne ansieht, so sieht man, daß nicht sehr wirtschaftlich gearbeitet wird. Diese Pläne sind in dem amtlichen Anzeiger von Ostafrika vom 15. Juni 1907 abgedruckt, und dieser Anzeiger befindet sich in der Bibliothek des Reichstags. Das könnte man abändern. Aber der organische Grundfehler ist, daß die reichen Bezirke, die viel aufbringen, die Hälfte gar nicht zweckmäßig verwenden können und deshalb thesaurieren, während andere Bezirke, die das Geld außerordentlich brauchen, überhaupt nichts bekommen. Deshalb will ich diese Einrichtung aufheben und an deren Stelle Pauschale setzen. Es soll der Etat wie bisher durch die Bezirksräte aufgestellt werden, und der Gouverneur soll nicht nach Maßgabe des Aufkommens sondern des Bedürfnisses diese Fonds verteilen, und ich beabsichtige, alle diese Pauschale dem Etatsrecht des Reichstages zu unterstellen; denn da gehören sie hin. Eine zweckmäßige Änderung des ostafrikanischen Etats wird in der Einführung solcher Pauschalfonds liegen.

Ich bin dagegen, daß die vielen Abrechnungen für Reisen usw. durch den Rechnungshof geprüft werden müssen. Das ist eine Unmöglichkeit. Das kann ich aber nur verlangen, wenn der Reichstag absolutes Vertrauen hat und hinter diese Pauschalfonds hineinschauen kann, wenn er will. Ich habe mit dem Rechnungshof des Deutschen Reiches verhandelt, und er ist geneigt, sich solchen Vorschlägen anzuschließen.

Nun möchte ich einmal auf die Verwaltung als solche eingehen. Ich darf nun sagen, daß ich einen ausgezeichnet guten

Willen und bei sehr vielen der Herren ein sehr erhebliches Sachverständnis gefunden habe. Aber die Art, wie der Beamtenerfaß bisher gewesen ist, hat dazu geführt, daß nicht überall so vorgebildete Leute hinkommen konnten wie notwendig gewesen wäre und diese selbst es gewünscht hätten.

Sie sehen, daß man im Hauptetat erhebliche Summen anfordert für die Ausbildung. Aber auch die Ausbildung im Schutzgebiete ist nicht richtig.

Meine Herren, im Wilhelmsstaler Bezirk hat der Bezirksamtmann in einem Jahre sehr oft gewechselt (Zuruf: sechsmal). Ich gebe noch ein paarmal zu! Warum? Weil dieser Bezirk ein harmloser Bezirk ist, weil man jemand hinschicken kann, von dem man noch nicht weiß, was er macht. Dort muß er sich erst bewähren, dann kommt er weiter. Im Innern des Landes und zu wenig und an der Küste zu viel Beamte. Hier ist z. B. der Taborbezirk von 1 Million Einwohner, da sind zwei weiße Beamte dort, ein Bezirksamtmann und ein Sekretär. (Zuruf: Militärs!) — Ja, meine Herren, so wie Sie Militärs neben dem Bezirksamtmann mit Zivilfunktionen betrauen, so kommen Sie in Konflikt, und wenn da der Schwarze dazwischen steht, so führt das zu nichts Gutem. — Diese beiden genannten Beamten haben, wie gesagt, die Jurisdiktion über eine Million Einwohner zu leiten, und zwar nicht eine Jurisdiktion allein strafrechtlich, sondern auch viele Zivilprozesse. Es sind z. B. viele Wanyamwesi vorhanden, die schon Eigentum haben, der Grenzstreitigkeiten sind unzählige. Es sind viele Suaheli von der Küste, die in Tabora Handel treiben, wo ungefähr 8 bis 9 Millionen Mark Handel ist. Dazu die Kraber und Ander. Das muß der Bezirksamtmann alles erledigen. Dann muß er die Steuer überwachen in diesem ganzen Bezirk, die Polizei in diesem ganzen Bezirk ausüben, und er soll die Nachweisungen für die Statsaufstellungen, die Abrechnungen usw. machen, und wenn er einmal von Zeit zu Zeit krank wird oder abgelöst werden muß, dann sieht sogar der Sekretär allein da. Das ist ein ganz unhaltbarer Zustand.

Diese schwache Besetzung hat dazu geführt, daß das gesamte Rechnungs- und Kassenwesen, so weit es überhaupt möglich war, an die Küste gedrängt wurde, daß man an der Küste erst alles verbucht hat. Dadurch sind natürlich mehr Leute nötig, wo sie auch lieber sitzen wollen als in Tabora.

Was ich nun vorschlage und was sich im nächsten Jahre im Etat vorfinden wird, ist folgendes: Die jungen Beamten, die für Ostafrika angenommen werden, sollen folgende Bildung haben. Sie sollen in Berlin bzw. Hamburg an der Akademie gründlich vorgebildet werden und dann sollen sie nicht nach Darressalaam zur Verwendung in der dortigen Zentrale kommen — denn dann bekommen sie ganz falsche Begriffe —, sondern sie sollen auf ein Bezirksamt geschickt werden zur Unterstützung des Bezirksamtmanns und zu seiner Entlastung und Vertretung und zwei Jahre als Adjunkt dort bleiben. Dadurch wird erzielt, ohne daß die Stellvertretungskosten wesentlich erhöht werden, daß der Amtmann in seinen Bezirk wieder zurückkommen kann, wenn er inzwischen einen Stellvertreter hat. Das ist jetzt nicht möglich. Wenn Sie aus dem künstlichen Bau einen Stein herausgenommen haben, müssen sie an dem ganzen Kasten Ostafrikas alle anderen Steine hereinschieben. Raum einer kann auf seinem Platze bleiben, das kann bei den kurzen Dienstperioden, die höchstens zwei Jahre rechnen, zu nichts Gutem führen.

Durch diese Maßnahme wird aber auch weiter erzielt, daß dieser Mann, der nunmehr zwei Jahre Adjunkt gewesen ist und dann Urlaub bekommt, ein fixer und fertiger Bezirksamtmann ist, der genau weiß, was er zu tun hat. Der junge Mann kann einen eigenen Bezirk bekommen, und der alte Bezirksamtmann kann seinen Bezirk wieder haben, mit ihm verwachsen, und es wird ihm wieder ein junger Beamter zur Ausbildung und zur Stellvertretung überwiesen. Genau wie ich es im Reichs-Kolonialamt halte, daß für ein Schutzgebiet nur jemand Referent sein kann, der sein Schutzgebiet kennt. Aber von allen Beamten in Darressalaam ist überhaupt kein

einzigster über den Küstengürtel weggekommen. — Der erste Referent war in Morogoro, das ist das weiteste.

Diese außerordentliche geringe Besetzung der inneren Posten an verantwortlichen Stellen führt zu etwas anderem, nämlich der Bezirksamtmannt lernt seinen Distrikt überhaupt nicht kennen; denn er kann tatsächlich nicht vom Dienstort weg. Er ist direkt angenagelt an seinen Schreibtisch. Da wird die und die Nachweisung verlangt, dann eine Aufstellung der Strafen, dann ein Handelsbericht usw. usw. Da entsteht ein kolossaler Terminkalender und der Bezirksamtmannt kann nicht weg. Wenn man fragt: sind Sie da oder dort gewesen, so muß er sagen: es tut mir leid, ich möchte gerne hin, aber hier werde ich verlangt. Glauben Sie, daß ich eine zuverlässige Auskunft über die Straße von Muanza nach Tabora oder rückwärts habe erhalten können, weder von einem Weißen noch einem Schwarzen, der den Weg ganz kannte?

Der Schwarze wußte Bescheid von einem Ort zum nächsten, aber einen Weißen, der mir genau angeben konnte, wo und wieviel Wasser ist, wie lang die Märsche, wo die Verpflegung, den konnte ich überhaupt nicht finden. Das Militär wird sich in Zukunft darum kümmern. Das ist die Schwäche der Verwaltung, daß das Innere zu wenig Renten bekannt ist und daß sie zu oft abgelöst werden. Dem soll mit dem genannten einfachen Mittel entgegengetreten werden, und das wird auch erreicht werden.

Nun komme ich auf die Frage der Zentralverwaltung. Die Zentralverwaltung ist außerordentlich stark zentralisiert. Eine Entscheidung trifft, wie es natürlich nicht anders sein kann, schließlich der Gouverneur. Er hat das Recht, für gewisse Arbeitsgebiete andere Beamte zu delegieren, in die Forstverwaltung, in die Bauverwaltung, ausgeübt, aber eine feste Verwaltungspraxis gibt es nicht. Jeder Gouverneurwechsel ist ein Systemwechsel. Es wird deshalb notwendig sein, daß zwischen Berlin und Ostafrika ein Austausch der Meinungen dahin stattfindet, daß Grundsätze vereinbart werden, daß auch da die

Fäden enger gezogen werden. Eine Reise nach Afrika ist nicht sehr teuer. Ich habe gelesen, die meine soll Hunderttausende gekostet haben. Aber die gewöhnlichen Diäten und Reisekosten für das Ausland haben ausgereicht. Deshalb müssen auch die Beamten der Zentrale Reisen unternehmen. Es ist erforderlich, daß der Gouverneur sein Land genau kennt und seine Beamten in ihrer Tätigkeit beobachten kann. Es ist zuzugeben, daß es augenblicklich schwierig ist; aber es mutet eigentümlich an, wenn man hört, daß unser jetziger Gouverneur über den Kilimandscharo nicht vorgebrungen sei und daß überhaupt seit Bestehen des Schutzgebietes kein aktiver Gouverneur in Tabora gewesen ist.

Daselbe ist bezüglich der Beamten der Zentralverwaltung der Fall, ich habe es schon erzählt.

Ich habe mich in jedes einzelne Bureau der Zentralverwaltung in Ostafrika gesetzt und habe gefunden, daß, was Abrechnung und Buchführung betrifft, alles unnötig kompliziert ist. Ich habe deshalb die Deutsche Treuhandgesellschaft veranlaßt, einen Beamten hinauszusenden, um ein den Vorschriften entsprechendes Buchungsformular auszuarbeiten. Ferner ist mit dem Rechnungshof des Deutschen Reiches besprochen worden, daß die Abnahme der Rechnungen prinzipiell draußen stattfinden soll und daß nach Deutschland überhaupt nur noch kontiert werden soll; das heißt, es wird keine Schutzgebietrechnung in Berlin geführt, sondern es wird nur ein Konto für Ostafrika geführt. Dadurch wird viel gespart.

Sodann ist mit dem Rechnungshofe gesprochen worden, ob sich nicht die Einrichtung von gewissen Selbstverwaltungsfonds machen läßt. Schließlich habe ich geglaubt, daß man mit der Einführung von Pauschalen innerhalb der Verwaltung weiter kommt. Eine Reise nach Tabora, ob sie 230 oder 240 M. kostet, das ist gleichgültig. Also setzen sie die höhere Summe als Pauschale an und überlassen dem Beamten, wie er hinkommt. Aber vermeiden Sie diese umständlichen Reiserrechnungen, von denen jede ein Buch ist.

Außerdem habe ich angeordnet, daß mit Zollkrediten, Zoll-

marken viel stärker gearbeitet werden soll. Da fällt ein ganzer Mann bei der Zollkasse weg. Eine erhebliche Verminderung des Personals läßt sich jedoch nicht ausführen. Bedenken Sie doch, Sie bekommen jedes Jahr 1 Million oder $1\frac{1}{2}$ Millionen Mehreinnahme. Wenn Sie statt 180 000 M. 10 Millionen einnehmen, kann man das nicht mit denselben Leuten tun. Aber der Effekt muß immer sein: es darf kein Beamter mehr kosten als das Sechsz- oder Zehnfache von dem, was er einbringt.

Ich komme nun auf den Handel. Meine Herren, man hat hier in der Eingabe, die die Farmer gemacht haben, die an das hohe Haus gelangt ist, nachdem sie lange vorher in der Zeitung gestanden hat, mir vorgeworfen, daß ich aus Ostafrika eine Neger- und Handelskolonie machen wolle mit dem Hamburger Ring. Davon ist gar keine Rede. Eine Verwaltung kann überhaupt nichts nach dieser Richtung machen. Ich habe Ihnen gesagt, daß 36 Millionen Markt Handel sind und 1 600 000 M. Plantagen-Produkte. Und das ist der Zustand, den ich gefunden habe, den ich nicht ändern kann, der bleiben muß. Das ist der natürliche Zustand.

Nun komme ich auf ein sehr umstrittenes Gebiet. Das betrifft die Lage der Inder.

Der Handel hat die Tendenz, die Leute zu reizen, möglichst viel Dinge zu kaufen. Daran verdient er, und da die Eingeborenen nur Austauschmittel haben, hat er die Tendenz, sie auch zu erhöhter Produktion anzuregen. Hier kommt nun etwas, womit die Plantagen in Konflikt bleiben; denn die Pflanze haben natürlich das Interesse, besonders billige Löhne zu haben. Je billiger aber der Lohn ist, desto geringer ist die Konsumkraft.

Es ist sehr merkwürdig, daß die Pflanze mit der Regierung, mit den Missionaren, mit den Indern, mit den Soldaten, mit den Eingeborenen in Konflikt kommen.

Nun ist für den Kleinhandel der Inder zurzeit der einzige richtige Mann; er ist der einzige, der die Landessprache spricht, der lange genug im Lande leben kann, der sich viele Stunden

hinsitzen kann, um mit den Schwarzen zu handeln. Er ist der gleichen Gerichtsbarkeit unterstellt. Der Weiße ist ja einer anderen unterstellt. Ich nehme in Sachen des Handels keine Partei hin und her. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß der Handel ganz genau weiß, was er braucht und will. Ich muß mich bloß gegen ihn wenden, wenn statt usus abusus eintritt, und da hat man gesagt: der Inder wuchere die Schwarzen aus. Das sagen die Leute. Aber wenn jemand einen anderen auswuchert, so kann man ihn bestrafen lassen. Meldet es nur! Wir werden ihn strafen.

Dann ist es doch sehr wunderbar, daß gerade die kleinen Pflanze sagen: der Inder wuchere die Schwarzen aus. Was will aber der kleine Pflanze, er will an die Stelle des Inder treten. Der Inder muß geradezu vernichtet werden, damit der kleine Pflanze arbeiten kann. Warum? Wenn jemand mit Kosten und Kapitalausstattung nach Afrika geht, wenn er rechnen muß, daß er höchstens zehn Jahre dort leben kann, wenn er europäische Bedürfnisse nicht aufgeben kann, dann muß er eben eine größere Summe Geldes im Jahr einnehmen. Er braucht das Vermögen, mit dem er nach Hause gehen will; denn in der Heimat hat er sich entwurzelt. Alles das braucht der Inder nicht. Er lebt sein ganzes Leben dort. Er hat geringe Bedürfnisse und vererbt sein Geschäft vom Vater auf den Sohn. So habe ich die Behauptung für unrichtig gefunden, die Inder verschleppten das Geld außer Landes. Vielmehr sind es die Inder, die lange dort bleiben, viel länger als die Europäer. Es sind oft große Häuser. Ein Beamter hat mir einmal gesagt: sehen Sie, was für Geld nach Bombay kommt. Jedes Jahr geht so und so viel hinaus in Postanweisungen. Meine Herren, wenn aber jemand ein großes Vermögen macht, schickt er sein Vermögen nicht in Postanweisungen mit Maximalsummen von 400 M. fort, und wenn jemand ein Kaufmann ist, schickt er nicht den Überschuß an eine Bank, sondern er steckt ihn ins Geschäft und erweitert es. Dieser Abfluß des Geldes nach Indien ist die Bezahlung für die

Lücher, für den Reis usw., keine kleine Summe. Daraus ist nichts zu entnehmen. Im Gegenteil: ich habe viel mehr alte Inder in Ostafrika gesehen als alte Deutsche.

Heute kann jeder Weißer neben dem Inder sein Geschäft machen. Aber der Weiße ist nicht so konkurrenzfähig. Deshalb wird verlangt, daß der Inder entfernt werde. Nun, meine Herren, daß der Inder ein höchst anständiger und sauberer Geschäftsmann ist, kann kein Mensch behaupten. Das ist gar nicht die Frage, was können sie von einem Hausierer verlangen? Was für Erfahrungen haben wir mit den deutschen Kleinhandlern gemacht?

Unsere Erfahrungen sind, daß wir immer die größten Schwierigkeiten mit den deutschen Händlern gehabt haben. Sie haben den Eingeborenen ihr Vieh weggetrieben. Sie haben sich mit den Sultanstöchtern verheiratet. Sie haben mit dem schwarzen Sultan getrunken und den deutschen Namen fast mehr heruntergebracht als irgend etwas anderes. Warum sollen wir uns darüber echauffern? Lassen wir den Händler seinen Weg gehen! Sind die Gesetze nicht ausreichend, um die Auswucherung der Schwarzen durch Inder zu verhindern, so machen wir sie schärfer. Aber ich habe keine Lust, die Zerstörung des Handels von 36 Millionen und einen Ausfall an den 4 Millionen Fiskaleinnahmen zustande zu bringen. Die deutschen Kaufleute sagen, ohne den Inder können wir nicht arbeiten. Und ich glaube ihnen das. Alle diese Einnahmen, die wir haben, basieren auf dem Handel. Es ist ein Unrecht zu verlangen, man solle den Inder vernichten. Nun zur Kleinsiedlung. Ich möchte sie gern unterstützen. Die kleinen Siedler im Ost- und West-Ujambara werden schon von der Regierung möglichst unterstützt in einer Form, die sich etatsmäßig nicht zeigt, nämlich bei den Straßenbauten gibt man ihnen Lose, um ihnen bares Geld in die Hand zu geben. Aber dann kommen sie wieder und sagen: Die Regierung ist gegen eine deutsche Besiedlung in Ostafrika. Wie unrichtig ist das! Am 23. September

hat mir der Farmerverein in West-Ujambara eine Eingabe gemacht, aus der ich folgendes vorlese. Es sind 17 Kolonisten in West-Ujambara und die hatten geschrieben.

In dem Gebirge im Westen von Ujambara haben 20 Familien Platz. 17 sind schon da, nun wollen sie noch 3 hereinflassen und das soll die Regierung betreiben.

Meine Herren, auch sonst sind die Anforderungen dieser kleinen Farmer nicht besonders bescheiden, weil es sich aber um schwere Existenzen handelt, möchte ich besonders mild verfahren und denen, die dort sind, nach allen Richtungen hingern helfen. Aber eine große Einwanderung nach Ostafrika ist heute nicht an der Zeit. Es sind schon zu viel Reibungsflächen vorhanden und dann müssen sie selbstverständlich so und so viel Polizisten und so und so viel Ausgaben für die Rechtspflege mehr haben, daß das nicht lohnt. Wenn wir einmal die Oberhand haben und wissen, was der Deutsche in den Tropen leisten kann, sind wir gern bereit, uns darüber zu äußern. Heute sage ich: Wer hinausgeht, ist willkommen; er wird behandelt wie jeder andere, aber einen Gegenstand für besondere Benefizien kann er nicht bilden.

Um dieser Frage überhaupt näher zu treten, habe ich das Kaiserliche Gesundheitsamt veranlaßt, in Erwägungen einzutreten, wie die Akklimatisationsfähigkeit der Weißen in den Tropenländern überhaupt ist.

Bei einer größeren Fürsorge sanitärer und wirtschaftlicher Art für die Schwarzen, bei einem Ausbau verständiger Verkehrswege für Ostafrika, bei einer schärferen Organisation der Verwaltung ohne größeren Aufwand, aber mit mehr Zusammenfassung der vielen guten Dinge, die wir in Ostafrika schon geleistet haben, glaube ich, daß wir ein Land haben, welches von einem ganz außerordentlichen natürlichen Reichtum ist, und dem Sie weiter nichts zu lassen haben als die Zeit, sich zu entwickeln. Was man heute von uns verlangt, ist nicht an und für sich unrichtig; aber es

ist viel zu viel Tempo für den Orient. Es ist eben der Orient. Zweitausend Jahre sahen die Pflanzler die Schwarzen hinter Europa zurück. Ich will nicht wissen, ob es 2000 oder 20000 sind. Aber mit einer Verordnung, die ich machen kann, läßt sich dieses Kulturniveau nicht überbrücken. Die Sache muß ihren Gang selbst gehen, und dazu sind wir um so mehr verpflichtet, als es unsere Schutzgenossen sind.

Ich habe in der ganzen Entwicklung das Wort Ethik oder Kultur nicht gebraucht, aber hier sage ich: wir müssen in Wahrung unserer eigenen Würde als Kolonisatoren auch diesen Gesichtspunkten zum Durchbruch helfen.“ — Soweit Dernburgs Worte. —

Seine Ausführungen bestätigen in jeder Hinsicht die Vorwürfe, welche der früheren Verwaltung des deutschen Kolonialwesens im Reichstage gemacht worden sind und am 13. Dezember 1906 zu dessen Auflösung mit beigetragen hatten. Damals wurde gesagt: „Der Hauptzweck der Kolonialpolitik sei die Ausbreitung von Kultur und Christentum. Daraus ergebe sich ganz von selbst, daß der Eingeborene im Mittelpunkt einer solchen Politik stehen muß. Die deutsche Kolonialpolitik habe dies nicht genügend berücksichtigt; statt die 13 Millionen Schwarzen zu schützen, habe man sie vielfach mißhandelt und ihre Rechte mißachtet. So stehe fest, daß die Veranlassung zum südwestafrikanischen Aufstande die tollkühne Tat eines jungen deutschen Offiziers war, der das Recht eines Häuptlings mißachtete und mit einigen Gewehren gegen einen ganzen Stamm ankämpfen wollte. Die Art und Weise, wie man in Ostafrika die Stüttensteuer eintreibe, wie man die Eingeborenen zu Arbeiten in den öffentlichen Baumwollfeldern bei einem Tagelohn von $\frac{1}{2}$ —1 Pfennig zwingt, habe wesentlich den Aufstand daselbst hervorgerufen.“

Die eigentliche Härte trete erst darin hervor, daß diese Strafe nicht etwa nur wegen grober Vergehen oder Verbrechen auf Urteil und Recht verhängt wird, sondern daß sie auf einseitige Anordnung von Verwaltungsbeamten, selbst von Stationsleitern, die nur den Rang eines Subalternbeamten hatten, ja

sogar von seinen Assistenten und manchen Vorstehern von Nebenstationen, die vielfach aus früheren Unteroffizieren genommen sind, appliziert werden.

In französischen und englischen Kolonien komme man ohne die Prügelstrafe aus. Hervorragende Kolonialbeamte, wie der Generalkonsul Knappe, hatten auch an die Regierung nach Berlin berichtet, daß mit der Verhängung der Prügelstrafe die Gefahr eines Aufstandes sehr nahe trete! Seit 1896 besteht die verhängnisvolle Verordnung und alle Vorstellungen und Beschwerden hatten nichts genützt!

Die besten Freunde der Eingeborenen seien die Missionare, denn von allen Weißen seien sie allein aus rein idealen Gründen und nur der Eingeborenen halber hinausgegangen; sie wollten diese nicht ausbeuten sondern erziehen, sittlich heben und zu Christen machen. Da sei es ganz selbstverständlich, daß die Missionare sich auch der schwarzen Eingeborenen annehmen, wenn diesen Unrecht geschehe.

In der Kolonialabteilung herrsche eine Systemlosigkeit sondergleichen. Ganze Länderereien in den Schutzgebieten habe man an Konzessionäre einfach verschenkt, ohne daß man diesen erhebliche Pflichten auferlegte. Diese Konzessionäre machten dann den größten Lärm, daß der Reichstag immer mehr Gelder bewilligen solle, von denen sie den Vorteil hatten. Aber in die eigenen Taschen griffen sie nicht, um etwas zu riskieren.“

Die jetzigen Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs Dernburg geben das Bestehen solcher Mißwirtschaft unumwunden zu, man kann ihnen um so mehr Glauben schenken, als sie auf eigener persönlicher Prüfung in Ostafrika selbst beruhen. Sein Programm bedeutet die Verurteilung der bisherigen Mißwirtschaft und das Versprechen, die Kolonien im Geiste der Humanität und loyalen Behandlung der Eingeborenen zu verwalten, sein Programm ist deshalb in Wahrheit **der Wendepunkt im Schicksal Ostafrikas!**

Ein Negerland unter deutscher Flagge.

„Es ging ein Mann im Syrerland,
führt ein Kamel am Halfterband;
das Tier mit grümmigen Geberden
ursprünglich ansieh zu werden.“

Der Herr Staatssekretär hatte solche Zustände ursprünglich wohl selbst nicht für möglich gehalten, weil er kurz nach Übernahme seines Amtes gerade diejenigen im Reichstage scharf angriff, welche die Mißstände aufdeckten und Abhilfe verlangten. Jetzt hat er sich überzeugt, daß die damaligen Anklagen nicht übertrieben waren und sieht selbst die Notwendigkeit einer gründlichen Reform ein.

Diese wird ihm von Seiten der Vertreter des alten Systems nicht leicht gemacht werden. Schon mußte er die heftigen Angriffe der Vertreter der Plantagen-Interessen in der Usambara-Post und in der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung erfahren, jetzt erhebt sich gegen ihn auch die Stimme des Generals von Liebert, eines der früheren Gouverneure von Deutsch-Ostafrika, welcher folgende Erklärung veröffentlicht:

Der Kolonialstaatssekretär hat dem Reichstage als Resultat seiner Reise ein neues Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das zunächst die Budgetkommission beschäftigt. Da es sich von den bisher geltenden Anschauungen in wesentlichen Punkten entfernt und auf Grund immerhin eiliger Beobachtungen ganz neue Gesichtspunkte aufstellt, so ist zunächst festzustellen, was der hohe Beamte im Laufe von zwei Monaten gesehen hat. Die Reise hat die beiden Hauptstädte Daresalaam

und Tanga, sowie einige andere Küstenpunkte (Saadini) berührt. Es wurden die drei vorhandenen Eisenbahnen befahren: Daresalaam—Mrogoro (230 Kilometer), Tanga-Mombo (125 Kilometer) und die britische Ugandabahn (980 Kilometer). Am Viktoria-See wurden Bukoba und Muanza besucht, dann der Ritt nach Tabora und zurück gemacht und schließlich den deutschen Pflanzungen in Ost- und West-Usumbara ein Besuch abgestattet. Auf diese Reiseindrücke hin ist das Urteil über die Kolonie gewonnen. Es lautet verblüffend günstig über Fleiß, Betriebsamkeit und Leistungsfähigkeit der Eingeborenen, dagegen niederschlagend ungünstig über die Entwicklung und Zukunft der deutschen Pflanzungsarbeit und Besiedelung.

Alle Welt ist sich darüber einig, daß „das wichtigste Aktivum in Afrika der Eingeborene ist“. Die Tropenländer haben keinen Wert ohne seine Arbeitskraft. Die Bevölkerung ist sehr dünn, sie leidet unter Krankheiten, Seuchen, Mißbräuchen, Aberglauben (Kindesmord), es gibt wenig alte Neger. Die Regierung muß daher eine negerfreundliche, d. h. negererhaltende Politik einschlagen. So weit kann alles zugestanden werden. Aber schwer verständlich ist das nun folgende Exempel, wonach die Produkte der deutschen Plantagen einen Wert von 1600000 M. darstellen, und die dort von den Arbeitern erhobene Hüttensteuer 60000 M. beträgt. Da demgegenüber der Gesamtandel der Kolonie 36 Millionen an Wert darstellt, und die übrigen Neger 1740000 M. an Hüttensteuer entrichten, so wird daraus die kühne Folgerung gezogen, daß die Plantagen keinen Anteil an der Belastung tragen, höchstens mit 2½ Proz. Anteil an der Steuer beteiligt sind. Das heißt also, die Arbeit der Neger und der Deutschen als gleichwertig einschätzen, beide auf gleiche Stufe stellen. Dagegen muß das arische Rassebewußtsein sich aufbäumen. Das Deutschland muß insgesamt gegen eine solche Auffassung Protest erheben. Das aufzustellende Exempel hätte zu lauten: 10 Millionen Neger schaffen einen Gesamtumsatz von 36 Millionen Mark, 62 Millionen Deutsche schaffen einen Gesamtumsatz von

No. 1008

v. 18. 18. 18.

Witten.

15000 Millionen Mark. Danach ergibt sich, daß die Arbeitsleistung des Deutschen (242 M. pro Kopf), diejenige des Negers (3,6 M.) etwa um das 68fache übertrifft!

Nun soll die Zukunft Ostafrikas dadurch gefördert werden, daß „wir neben der Pflege der dort eingewanderten europäischen Unternehmungen uns auch, und zwar sehr stark, mit der Förderung und Entwicklung der Negerkulturen beschäftigen“. „Die Produktions- und Konsumfähigkeit der Schwarzen zu heben“, wird als die nächstliegende Aufgabe bezeichnet und damit begründet, daß sich jetzt bereits am Viktoria-See ein Handel von 8 Millionen etabliert habe. Letztere Tatsache ist unbestreitbar und sehr erfreulich, aber sie darf nicht als Grundlage für die Beurteilung der Verhältnisse in der gesamten Kolonie dienen.

Die Reisevorteile von Muanza nach Tabora hat den Staatssekretär durch die Gebiete unserer beiden besten Stämme geführt, der Wafukuma und Wanyamwezi, die in ganz Ostafrika als Träger, Arbeiter, Soldaten einen glänzenden Ruf haben. Sie sind als relativ fleißig, betriebsam und dem Handel zugewandt bekannt. Der Grund für dieses Hervortreten vor den übrigen Stämmen ist in der Höhenlage ihrer Heimat klimatisch begründet: Tabora und Muanza liegen auf 1200 Meter Meereshöhe (Brocken). An die Stämme der Küstenlandschaft, der tropischen Niederungstriche, überhaupt aller Gebiete unter 600 Meter etwa kann jener Maßstab durchaus nicht angelegt werden. Sie sind nun mal durch Klima, Gewohnheit und Vererbung träge, gleichgültig, auch gegen äußern Antrieb wenig empfänglich. Sie lassen Feld- und Hausarbeit durch die Weiber verrichten und pflegen als Hauptbeschäftigung der Mäuse. Bisher sind die Versuche, die Eingeborenen durch Verteilung von Kokosnüssen, von Sesamsaat und Erdnüssen zum Anpflanzen der gut bezahlten Ölfrüchte zu bewegen, vergeblich gewesen. Desgleichen die Bemühungen, Gemüsebau, Geflügelzucht, Eierhandel um Tanga und Darassalaam zu fördern, damit die Schiffe sich dort versorgen könnten. Immer

ein kurzer Versuch und sofortiges Zurückfallen in die alte Schläffheit.

Der Neger arbeitet nur stoßweise, nie andauernd und zielbewußt. Er muß erst beim Deutschen und vom Deutschen arbeiten lernen. Die Zukunft der Kolonie auf die Arbeitsleistung der Eingeborenen zu begründen, erscheint gewagt und kann zu großen Enttäuschungen führen. Nun sind im Laufe des letzten Jahrzehnts eine große Zahl deutscher Pflanzungsunternehmen an der Küste und hauptsächlich an der Usambara-bahn entstanden. Sie mußten sich um dies einzig vorhandene Verkehrsmittel zusammendrängen. Sie bedürfen sehr zahlreicher Arbeitskräfte und können diese aus dem eigenen Bezirk nicht beschaffen. Die Anwerbung richtet sich hauptsächlich nach dem Scengebiet, um die dort wohnenden sehr brauchbaren Stämme zu gewinnen. Der vorteilbringende Handel, der neuerdings dort eingesetzt hat, hält die Leute aber mehr als früher an der Scholle fest und macht sie weniger geneigt zu langen Wanderungen, sowie zu schwerer Arbeit. Die Pflanzler haben sich darauf an die Regierung mit der Bitte gewandt, ihnen Arbeiter zu besorgen. Das Gouvernement verweist sie jedoch auf Selbsthilfe und erkennt eine Arbeiternot nicht an. Der Pflanzerverband scheint nun auf dem Wege direkter Anwerbung die nötige, von Jahr zu Jahr steigende Zahl von Arbeitern nicht mehr erlangen zu können, und eine schwere Verstimmung ist unter diesen Umständen entstanden. Die einen fordern Zwangsmaßnahmen gegen die Eingeborenen, um sie auf längere Zeit arbeitspflichtig zu machen. Dazu besitzt das Gouvernement aber weder die Neigung noch die Machtmittel. Dagegen könnte nach dem Vorbild von Britisch-Zentralafrika der Neger veranlaßt werden, eine bestimmte Anzahl von Tagen im Jahr (etwa 90) auf einer deutschen Pflanzung gegen Lohn und Verpflegung zu arbeiten und dafür in der Steuer herabgesetzt werden. Dies ist mit Erfolg in West-Usambara durchgeführt worden. Endlich kann die Hüttensteuer erhöht werden, um die Eingeborenen dadurch zur Arbeit moralisch zu nötigen.

Das Gouvernement hat natürlich die Pflicht, sowohl die Kontrakte, wie die Behandlung der Arbeiter zu überwachen in bezug auf Verpflegung, Sanität und Bestrafung. Dafür liegen als Muster vortreffliche Bestimmungen aus Britisch-Ostafrika vor, wobei man sich nur wundern kann, daß diese in der deutschen Kolonie noch nicht erlassen sind. Gute Behandlung der Leute ist, wie überall, die erste Bedingung, um Arbeiter heranzuziehen. Im Grunde gewinnt man den Eindruck, als wenn bei gutem Willen von beiden Seiten, vornehmlich aber bei einigem Entgegenkommen die Pflanzler sehr wohl zufrieden zu stellen wären.

Sehr schmerzlich aber wird es empfunden werden, daß der Staatssekretär sich mehr als kühl von jeder Besiedlung des Landes — auch der Küsten und gesunden Hochländer — durch Deutsche mit sehr unzureichenden Gründen abwendet. Er hat von den Besiedlungsgebieten nur das kleine und fast schon voll besetzte West-Usumbara gesehen, verurteilt aber alle. Damit fällt der so gründlich vom Grafen Goeken ausgearbeitete Plan der Besiedlung Uhehes und die Arbeit vieler anderer Afrikaner ins Wasser, und das nationale Interesse an der Kolonie schwindet. Ostafrika wird ein Negerland unter deutscher Flagge, aber keine deutsche Kolonie.

Dernburgs Gegner.

Den gegnerischen Standpunkt hat Herr von Liebert bei den Kommissionsverhandlungen des Reichstags vertreten; er verlangte, der Herr Staatssekretär möge sein Programm auf vier Punkte ein wenig revidieren:

1. Fleiß und Leistungsfähigkeit der Eingeborenen nicht zu hoch einzuschätzen;
 2. mehr Entgegenkommen gegen die deutschen Pflanzler zu zeigen, namentlich in der Frage der Beschaffung der Arbeiter;
 3. deutsche Ansiedler in größerem Umfange heranzuziehen und sie wirtschaftlich zu fördern;
 4. den deutsch-nationalen Standpunkt stärker zu betonen.
- Schlagfertig hatte ihm jedoch Herr Staatssekretär Dernburg hierauf erwidert:

Nun kann ich mich nicht mit Herrn v. Liebert darin einigen, daß der Küstenneger nicht produktionsfähig sei, daß er faul sei. Was faul ist, ist ein schwer festzustellender Begriff. Die Schwierigkeit, diese Leute zur Produktion zu bringen, liegt in der Schwierigkeit der Absatz- und Verkehrswege. Wenn jemand drei Tage läuft, um in Daressalaam eine Last für 1 Rupie loszuwerden, so prosperiert er nicht, denn von der einen Rupie muß er 7 Tage leben. Weil die Frage der Negerleistung an der Küste und die Frage der Baumwollkultur eine außerordentlich wichtige ist, bitte ich um die Erlaubnis, Ihnen etwas verlesen zu dürfen, was der Vorstand der Baumwollschule in Mvogoro im Jahre 1908 berichtet hat, und was

Handwritten notes:
 Liebert
 Kommiss.
 59. Sitzung
 Seite 3 ff

über die Verhältnisse eine eingehende und interessante Auskunft gibt:

„Die Plantage des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees hat jetzt eine Größe von ca. 86 ha, wovon in diesem Jahre bereits 35 ha mit Baumwolle bepflanzt waren. Der Rest von ca. 51 ha wurde unter Verwendung von Zugochsen umbar gemacht. Von diesem Neuland wurden im Dezember 15 ha und im Januar wird der Rest mit Mais bepflanzt. Es war beabsichtigt, allen Mais im Dezember zu pflanzen, jedoch war das leider unmöglich, da die Regenzeit bis heute noch nicht eingeseht hat. Im März/April soll zwischen den Mais Baumwolle (Soanowich)-Saat hiesiger vorjähriger Ernte gepflanzt und der Mais im April geerntet werden. Da die Felder doch rein gehalten werden müssen und die Baumwolle auf Neuland bekanntlich auf Kosten der Staude stark ins Kraut schießt, ist Mais als Zwischenkultur sehr zu empfehlen, außerdem bringt letztere eine schöne Nebeneinnahme. 3jährige Rotation muß eingeführt werden. Von den in diesem Jahre unter Kultur gewesenen 35 ha Land, gepflanzt mit Baumwolle als Versuch in diversen Monaten, auch auf verschiedenen Feldern, schwankten die Erträge zwischen 300 und 1520 Pfund Rohbaumwolle. Der niedrigste Ertrag von 300 Pfund pro ha wurde auf einem Felde erzielt, wo die Baumwolle am 5. Mai gepflanzt, also keinen Tropfen Regen mehr bekam. Als Durchschnittsertrag kam, wenn die Baumwolle im März, welcher für die hiesigen Verhältnisse als günstigster Pflanzmonat erkannt ist, gepflanzt wird, 1000 bis 1200 Pfund Rohbaumwolle angenommen werden. Unser Gesamtertrag war in diesem Jahre 31 000 Pfund. Etwa 500 Pfund werden sich durch Nachreifen noch sammeln. Leider verteuern die miserablen Verbindungen den Transport der Produkte. Hoffentlich können wir die nächstjährige Ernte mit dem Flußdampfer, dessen Anschaffung von der Kommune Mohorro beschlossen ist, wegschaffen.

Am 1. Juli d. J. wurden 26 Schüler aus dem Bezirk Mohorro eingestelt, um in der Kultur, Boden und Ernte-

bereitung, Spannarbeiten usw. ausgebildet zu werden. Außer den Schülern beschäftigt die Pflanzung noch etwa 100 Arbeiter und Kinder. Für Bearbeiten mit Pflug, Egge, Einspannen von Zugtieren zeigen die Schüler sowohl als auch andere jüngere Leute großes Interesse, und habe ich beobachtet, daß es verhältnismäßig lange dauert, den Eingeborenen etwas beizubringen, jedoch was sie erst einmal erlernt haben, auch nicht vergessen. Ein deutscher Ochsentnecht pflügt in derselben Arbeitszeit nach meinen Erfahrungen nicht eine Furche mehr. Das Vieh hält sich am Rufidji sehr gut, das schnell wachsende Gras hat einen derart hohen Nährwert, daß das Gespannvieh hier ohne Kraftfutter auskommt und dabei, wie das Bezirksamt Mohorro auch wohl gern bestätigen wird, sehr gut aussieht. Der Dung vom Arbeitsvieh wird gesammelt, zu Kompost verarbeitet und an leichteren Stellen in den Feldern, wo erforderlich, mit $\frac{1}{3}$ Düngung gedüngt. Vorausgesetzt, daß nicht unvorhergesehene Fälle eintreten, können wir im kommenden Jahre mit einer Ernte von ca. 100 000 Pfund Baumwolle (Roh-) und 1800 Zentner Mais rechnen. Wenn es uns gelingt noch mehr Gespannvieh aufzutreiben, ist es möglich, die Unkosten auf die Hälfte herabzuschrauben. Es empfiehlt sich, die Schamba um das Doppelte zu vergrößern, um mit den Bändereien wechseln zu können. An Gebäuden müssen noch erbaut werden ein Lagerstuppen für Mais und später Baumwolle, einige Schüler- und Arbeiterwohnhäuser nach Schenziart.

Am Rufidji ist der Baumwollbau als Volkskultur eingeführt, jetzt sind die Eingeborenen dabei, Felder zu hacken, um Mais und dann im März Baumwolle zu pflanzen. Wiederholt waren die Leute bei mir und erkundigten sich nach Pflanzweite usw. Im Bezirk Mohorro kommen in diesem Jahre 275 Zentner Saat zur Verteilung. Einige Leute haben sich zusammengeschlossen, größere Flächen gehackt, um dieselben zu bepflanzen und den Erlös zu teilen. In der letzten Ernte wurden in Mohorro pro Pfund Rohbaumwolle bis zu 15 Heller gezahlt und haben die Leute eingesehen, daß der Baumwollbau

für sie eine schöne Nebeneinnahme ist. Ich schätze die nächstjährige Ernte der Eingeborenen am Rufidji auf etwa 300000 Pfund. In unmittelbarer Nähe unserer Pflanzung haben die Herren Penzel 10000 Hektar Land belegt. Da unser Ziel, den Baumwollbau als Volkskultur einzuführen, hier erreicht ist, würde es sich empfehlen, an anderen Plätzen, wo Vändereien für den Baumwollbau vorhanden sind, Eingeborene anzusiedeln, zu unterrichten, Schüler auszubilden usw., um dann nach einer gewissen Zeit dieselben Erfolge zu sehen, wie dies am Rufidji der Fall ist."

Mohorro liegt im Rufidjidelta, etwa da, wo die Insel Mafia auf der Karte ist. Der Dampfer kommt, wie ich gestern erfahren habe, im November montiert hinaus. Aus diesem Bericht geht verschiedenes hervor, erstens, daß dort sehr gute nicht bewässerungsbedürftige Baumwollgebiete vorhanden sind, zweitens, daß die Schule gut wirkt, und drittens, daß ihre Belehrung auf die Eingeborenen so wirkt, daß sie nicht nur selbständig werden, sondern sich auch genossenschaftlich zusammenschließen und dort produzieren. Ich lege Wert darauf das festzustellen, nachdem Herr v. Liebert aus eigener Erfahrung gesagt hat, die Küstenneger seien zu nichts zu gebrauchen.

Nun kam Herr v. Liebert darauf zu sprechen, daß in der Mangaebene Reisbau in großem Maßstabe nicht getrieben werde, trotz seiner Bemühungen. Diese Ebene liegt oberhalb der Schmugulifälle des Rufidji. Wenn da noch so viel Reis angebaut würde, nützt es den Eingeborenen doch nichts, weil sie eben nichts fortbringen können. Es ist eine ausgeglichene Sache, etwas zu erzielen, ohne eine Transportmöglichkeit zu haben. Infolgedessen ist Herr Oberbaurat Schmied beauftragt worden, den Rufidji auf seine Schiffbarkeit zu untersuchen, damit die Leute dort eine Absatzmöglichkeit haben und produzieren können.

Dann hat Herr v. Liebert eine große Ungerechtigkeit darin gefunden, daß ich die Steuer der in den Plantagen arbeitenden Neger mit denen der frei produzierenden verglichen habe. Es

tut mir leid, daß das Verhältnis kein günstigeres ist, aber mit Deutschland kann man einen Vergleich nicht ziehen. Ich habe diesen Vergleich nur herangezogen, weil ich betonen wollte, daß heute bereits Ostafrika in seinen Finanzen viel mehr auf einer gesunden Eingeborenentwirtschaft aufgebaut ist, als auf der Plantagenwirtschaft. Ich kann aber der Kommission nicht ein X für ein U machen, um ein besseres Verhältnis für die Tätigkeit der Weißen herauszurechnen, die seit 20 Jahren dort sind, als für die Neger, die seit 2000 Jahren dort sind.

Nun sagt Herr v. Liebert, er bekäme beständig Schreiben von Leuten dort draußen, die sich über Arbeiternot beklagten. Ich muß Herrn v. Liebert hier doch den früheren Bezirksamtman von St. Paul-Maire gegenüberstellen, den Führer der Pflanzendeputation, der vor etwa 14 Tagen in der Pflanzzeitung erklärt hat, daß zurzeit von Arbeiternot keine Rede sei. Er gibt zu, daß heute keine Arbeiternot ist, sie kann aber eintreten; Arbeiternot kann überall eintreten, besonders wenn eine Industrie sich ausbreitet. An gutem Willen seitens der Regierung, den Leuten zu helfen, hat es weder draußen in meiner Aussprache gefehlt, noch hier. Ich habe den Herren gesagt, sie sollten sich beruhigen, wir werden ihnen helfen, aber in einer solchen Form, daß die Regierung auch die Garantie übernehmen kann.

Herr v. Liebert sagt, der Serkal, der Fiskus, soll direkt oder indirekt die Arbeiter beschaffen. Ja, wenn der Serkal etwas tut, muß er auch die Garantie haben, daß die Leute gut behandelt werden. Der Mann kommt nach 10 bis 12 Monaten nach Hause und erzählt den Leuten von der schlechten Behandlung. Kommt nun der Serkal und verlangt Leute, so findet er Widerstand. Das Arbeiteranwerben hat uns sehr stark beschäftigt. Ich will einen Bericht aus Tabora vorlesen, 15. Juni 1907, woraus Sie ersehen können, welche Übelstände in dieser Beziehung herrschen.

Der Bezirksamtman berichtet:

„In dem hiesigen, für eine reguläre Verwaltung viel zu ausgedehnten Bezirk haben in der letzten Zeit in den von Tabora am entferntesten liegenden Wassukuma-Landschaften wieder Arbeiteranwerber ihr Unwesen derart getrieben, daß man es den Eingeborenen wirklich nicht verdenken kann, wenn sie von Plantagenarbeit nichts mehr wissen wollen.

Ein Goanese, der sich als Beamter aufspielte und einen als Polizisten gekleideten Mann bei sich hatte, und dessen Leute im Lande raubten und stahlen, benutzten den Streit eines Häuptlings mit seinem Unterhäuptling, um des letzteren Leute nachts in ihren Hütten zu überfallen und als Arbeiter zu pressen, ein Verfahren, das mit den früheren Sklavenjagden am Kongo unverzweifelte Ähnlichkeit hat.

Ein Europäer drohte den Häuptlingen mit Prügel, wenn sie ihm keine Arbeiter verschafften, prügelte die Leute und ließ seine eigenen Leute auch rauben.

Schließlich wurde mir noch aus Mwanza mitgeteilt, ein dritter Arbeiteranwerber (Belutsche, Syrer oder dgl.) habe in meinem Bezirk Hütten angesteckt. Diese drei Stichproben, die innerhalb eines Monats passiert sind, empfehle ich den Plantagenbesitzern, welche immer darüber schimpfen, daß sie von der Regierung beim Arbeiteranwerben nicht genügend unterstützt würden, unter die Nase zu halten. Gegen dergleichen Affären sind wir vollkommen machtlos.

Als die Eingeborenen klagten, sandte ich einen Europäer hin; bis der aber in jene entfernten Gegenden (11 Tagesmärsche) kam, waren die obigen Anwerber schon über alle Berge, und ich muß, trotzdem ich Mwanza sofort detailliert benachrichtigte, bezweifeln, ob die Betroffenen zur Nechenschaft gezogen werden können.

Die obigen Fälle stehen absolut nicht vereinzelt

da; die hiesigen anständigen Arbeiter müssen natürlich darunter leiden.

Ich meine nun, was nützen alle die schönen doktrinären Auslassungen über Detailfragen, wenn schon beim Anwerben den Eingeborenen so die Plantagenarbeit verreckt wird. Es ist doch klar, daß aus den Landschaften, in denen die obigen 3 Anwerber arbeiteten, die nächsten Jahre keiner mehr auf die Plantagen geht.

Es wird überhaupt immer mehr Sitte bei diesen herumziehenden Anwerbern, nicht direkt Leute anzuwerben, sondern sich an einen Häuptling zu hängen, diesen durch Geld, Schnaps und Rinderkizichen zu ködern und sich dann von ihm eine Anzahl Untertanen mit mehr oder weniger gelindem Druck vorführen zu lassen. Die Leute reißen ihrem Häuptling aus und gehen ins englische Gebiet.

Meine Herren, solche Leute kann man doch nicht unterstützen. Wir hatten diese hier. Wir haben ihnen anempfohlen: tut euch zusammen, macht eine Genossenschaft auf, nehmt einen Arbeiteranwerber, der uns genehm ist, wir wollen ihn unterstützen. Was daraus geworden ist, habe ich Ihnen in meinen letzten Ausführungen gesagt. Der Anwerber ist kaum draußen in Tanga gewesen, da hat man gesagt: das paßt uns nicht, wir machen einen anderen Vertrag. Nun kommt es zu großen Prozessen. Die hiesigen alten Afrikaner, die, nachdem sie in den Tropen nicht mehr leben, sich hierher zurückgezogen und die Gesellschaft von hier leiten, sind mit den Plantagenbesitzern draußen absolut nicht einverstanden. Sie haben mir das wiederholt mitgeteilt. Nun sagen die Herren: wir kriegen keine Arbeiter, und Herr v. Liebert steht zwischen der Aussage des Herrn St. Paul-Maire und den Mitteilungen, die er von seinen Freunden hat. Das ist ein Widerspruch, den ich aufklären will. Es gibt Plantagen, die immer Arbeiter haben, weil sie gut behandelt werden. Da ist die Plantage Tava, wo Herr Köhler ist, der hat immer Arbeiter.

Eine Sisalpflanze hat ungefähr die Breite von $2\frac{1}{2}$ bis

3 m; die Leute pflanzen die Sisalpflanze auf 2 m Breite. Herr Geheimrat Paasche hat dieselben Beobachtungen gemacht. Eine solche Sisalanzpflanzung wird im dritten Jahre ein undurchdringliches Gestrüpp, die scharfen Stacheln erzeugen Wunden, die äußerst gefährlich sind, und außerdem spritzt die Pflanze beim Schneiden einen ätzenden Saft aus, so daß die Leute mit Kleidern aus Leder oder Gummi dort herumgehen.

Das schützt zwar den Körper, aber nicht die Füße, und wir finden daher in den Sisalplantagen eine Reihe fußkranker Leute, die nur leichtere Arbeit tun können. In ein solches Gestrüpp geht kein Mensch gern. Deshalb haben gut angelegte Plantagen auch gute Arbeiter und schlecht angelegte Plantagen nur mäßige Arbeiter. Warum werden die Sisalpflanzen nun so eng gepflanzt? Weil in Usambara ein großes Spekulationsgebiet ist. Da werden Plantagen angelegt, um sie teuer zu verkaufen. Je mehr Pflanzen auf einem Hektar sind, um so größer ist die Rentabilitätsrechnung. Die so gemachten Berechnungen kommen nach Deutschland. Ich habe hier einen Prospekt gesehen, wo für eine Plantage das Zehnfache des Wertes auf Grund einer solchen Rechnung gefordert wurde. Wenn die Leute nicht prosperieren, ist es die Regierung gewesen, die keine Arbeiter geschafft hat. Deswegen lege ich Wert darauf, daß die Sache klargelegt wird. Es herrscht dort ein großes Spekulationsinteresse und von hundert Pflanzern, die sich dort gesetzt haben, sind nur ein Teil bona fide.

Den Arbeitszwang hat Herr v. Siebert bereits abgelehnt. Er hat eine Darstellung über die Arbeiterkarten in Westusambara gegeben. Daraus könnte hervorgehen, daß diese Arbeiterkarten abgeschafft wären. Das ist nicht der Fall. Ich habe, um den kleinen Pflanzern nicht zu schaden, gesagt: ich lasse euch eure Arbeiterkarten, wenn ihr keinen Mißbrauch treibt. Die Bedingung für die Arbeiterkarte ist die: du mußt so und so lange bei einem Europäer arbeiten, und wenn du das nicht tust, mußt du bei dem Fiskus für umsonst arbeiten. Das soll für ihn den Druck abgeben, beim Weizen zu arbeiten.

Bei all diesen Vorschlägen muß der Fiskus immer die Peitsche in die Hand gedrückt bekommen, auf den ergießt sich dann der Zorn. Wer die Kosten zu zahlen hat, ist nicht der Fiskus draußen, sondern in letzter Linie das Deutsche Reich. Meine Herren, wie hat das gewirkt? Ein schlauer Plantagenleiter hat gesagt: wenn du so und so lange umsonst bei mir arbeitest, quittiere ich dir die Arbeit ab, dann brauchst du nicht beim Fiskus zu arbeiten. Ich berufe mich da auf Zeitungen, ich behaupte nicht, daß es wahr ist, aber technisch möglich ist es. Warum habe ich den Leuten da oben die Arbeiterkarten gelassen? Weil es 17 Pflanzler sind, die um ihre Existenz kämpfen, weil ich weiß, daß, wenn die Leute nicht etwas verdienen, sie notwendigerweise das wenige, was sie mitgebracht haben, demnächst aufzehren. Deswegen habe ich mir gesagt, da kann kein großes Unglück passieren, wenn du diesen Leuten die Karten beläßt. Diese Leute haben nicht, wie die Schwarzen, zwei Ernten für Mais, sondern sie haben eine bestimmte Zeit, wenn der Kaffee gepflückt und der Sisal beschnitten werden muß. Man kann draußen nicht von deutschen Bauern so sprechen wie hier. Die Leute produzieren nicht mit ihren eigenen Händen; das Klima verbietet ihnen das, und deshalb müssen sie Leute haben; sie müssen Tropenprodukte ziehen und kleine Plantagen bilden. Ich habe mich nach gar keiner Richtung gegen diese Leute gewendet, ich habe ihnen draußen wie hier nach allen Richtungen entgegenkommen wollen. Aber das volkswirtschaftliche Verständnis ist gerade unter dieser Klasse ein derart mangelhaftes, daß man auf die Klagen nicht so viel geben darf.

Meine Herren, ich habe Ihnen schon gesagt, daß ich einige Eingaben von verschiedenen Verbänden von Pflanzern und Farmern bekommen habe, und ich muß Ihnen, um das Niveau der Auffassung festzustellen, einiges darüber verlesen. Hier habe ich einen Bericht vom 27. September 1907. Da hat der Bezirksamtmann von Moschi folgendes berichtet:

„Der Wirtschaftliche Verband vom Kilimandscharo' erlaubt sich auf die große wirtschaftliche Gefahr der zahlreich ent-

stehenden Kaffee- und Kautschukanlagen der Eingeborenen hinzuweisen und ersucht das Kaiserliche Bezirksamt dringend um strengstes Verbot jeglicher Neuanpflanzung resp. Vergrößerung schon vorhandener genannter Kulturbestände."

Ja, wenn wir uns von diesen Herren beraten lassen wollen, können wir einpacken.

Nun kommen die so sehr in Schutz genommenen Herren von Westusambara. Die verlangen nichts mehr und nichts weniger, als daß man den Eingeborenen ihre Kultur wegnimmt, sie von Fiskus wegen aufkauft, und wenn man das nicht tut, soll man sie, wie diese Herren sagen, vernichten. Ich lese Ihnen eine Eingabe vom 23. November 1907 vor:

„Wir halten eine Förderung neuer Eingeborenenkulturen durch das Kaiserliche Gouvernement im hiesigen Bezirk für unsere Interessen schädlich, weil hierdurch die für unsere Unternehmungen dringend benötigte Arbeitskraft der Eingeborenen in unwirtschaftlicher Weise vergeudet wird. Außerdem bringt die Ausbreitung neuer Eingeborenenkulturen die Gefahr der Verbreitung von Pflanzenkrankheiten und bei einigen Kulturen die Gefahr des Anreizes zum Diebstahl, die für Kautschuk so groß ist, daß besondere Maßregeln zum Schutze der Kautschukproduktion der Europäer notwendig erscheinen. Wir halten es für zweckmäßig, allen Farbigen — die Indes eingeschlossen — sämtliche bereits gepflanzten Kautschukbäume abzukaufen, sie an Europäer weiter zu verkaufen oder zu vernichten, und allen Farbigen — die Indes eingeschlossen — die Anlage und den Kauf von Kautschukpflanzungen zu verbieten und den Handel mit wildem Kautschuk für das Gouvernement zu monopolisieren.“

Die Herren in Tanga haben verlangt, der Fiskus solle ein Befehl machen, daß jeder Farbige, der im Besitze von Gummi ist, sich ausweisen muß, daß er rechtmäßiger Besitzer ist, sonst wird er bestraft. Wie soll man das machen? Also das geht

alles nicht. Wir müssen daran festhalten, daß es in Ostafrika unmöglich ist, auf den Wunsch eines Standes das Gesamtinteresse des Landes aufzubauen. Daraus darf nicht geschlossen werden, wie Herr v. Liebert das getan hat, daß man für die andern kein Herz habe. Wir sind nicht nach Ostafrika gegangen, um 300 oder 400 Leuten Plantagen zu gründen, sondern um ein großes Land blühend zu machen, um für den deutschen Handel und die deutsche Industrie Rohprodukte zu finden und Absatzgebiete zu schaffen. Da können wir uns nicht herunterdrücken lassen auf den Staudpunkt, auf den wir heruntergedrückt werden sollen."

Der Staatssekretär konnte auch als Begründung seiner Anschauungen die Erfahrungen anführen, welche andere große Staaten mit ihren Kolonien gemacht haben und führte hierüber folgendes an.

Alle Nationen haben mit unserer früheren Politik angefangen, alle sind davon zurückgekommen. Alle Nationen haben auch ein sehr großes Gewicht auf die Ansiedlung von nationalen Elementen in den Kolonien gelegt, wie wir es auch heute noch tun. Sie sind aus praktischen Gesichtspunkten davon abgekommen. Vielleicht sind wir glücklicher. Aber nachdem ich unsere Politik, die neu vorgeschlagen ist, die im übrigen nicht neu ist, mit der englischen kontrastiert habe, will ich Ihnen vorlesen, welche Politik Frankreich, das den größten Teil des äquatorialen Afrika sein eigen nennt, heute verfolgt.

Ich verlese aus den Druckschriften der Deputiertenkammer Session 1906 Nr. 341 (2. Anhang) folgende Ausführungen über die französische Kolonialpolitik:

„Dann muß Frankreich auch in der Erfüllung seines Kolonisationswerkes handeln. Wegen der geringen Dichtigkeit seiner Bevölkerung und der tropischen Lage seiner Kolonien hat es nicht mehr den Ruhm zu erstreben, in der Ferne „Neufrankreich“ zu gründen; heute kolonisiert es nicht mehr im eigentlichen Sinne des Wortes, es „zivilisiert“. Frankreich ist

*Lesung
S. 60
T. 10*

also an einem Zeitabschnitt seiner Entwicklung angekommen, wo es seine Kolonialpolitik nach dem einzigen Gesichtspunkt richten muß, der möglich bleibt, nach dem der „wirtschaftlichen Eroberungen“. Da ihm noch der Vorzug zugute kommt, „ein altes und reiches Land“ zu sein, so muß es, dem weisen Räte Stuart Mills folgend, durch die Anwendung seiner Kapitalien koloniale Arbeit treiben.

Sein von der republikanischen Regierung vorgezeichneter und befolgter Kolonisationsplan wird von jetzt an bloß das Ziel haben, nicht die Stecklinge der französischen Rasse selbst in neuen Ländern, wie einst auf den Antillen und in Kanada, einzupflanzen, sondern die wirtschaftliche Entfaltung dieser Länder mit der Absicht zu fördern, sich „Handelsmärkte“ zu sichern. Um diesen Zweck zu erfüllen, muß Frankreich streben, die sittliche und wirtschaftliche Entwicklung der eingeborenen Bevölkerungen, die es in die Bewegung des allgemeinen Reichthums und in den Vormarsch der Menschheit mit sich fortreißt, zu beleben und zu beschleunigen. Das Programm wird also wesentlich wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art sein.

Auf dieser Kolonisationsbasis ist in den letzten Jahren eine Eingeborenenpolitik betrieben worden, die 1903 von Herrn Dubief gerühmt und 1905 von Herrn Clementel, als er damals Minister der Kolonien war, eifrig befolgt wurde. Diese Politik hat von dem neuen, heute angenommenen Kolonisationsverfahren die Eingebung erhalten. Sie geht dahin, eine Kolonie durch die Bereicherung der Eingeborenen wertvoll zu machen: Einerseits die Produktionskraft der Eingeborenen zu vermehren, damit das Mutterland aus seinen Kolonien die Lebensmittel entnehmen kann, die sein eigener Boden ihm nicht liefert, und damit es sich die Noherzeugnisse sichert, die es jetzt gezwungen ist, sich vom Auslande zu verschaffen. Andererseits die Verbrauchskraft der Eingeborenen zu vermehren, damit die verarbeiteten Erzeugnisse des kolonisierenden Landes dort abgesetzt werden können.

Dieser doppelte Zweck wird durch die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung des Eingeborenen erreicht werden. Es genügt nicht, seine Muskelkraft durch gesundheitliche Maßnahmen und durch die Hebung der Rasse, sowie seine berufliche Geschicklichkeit durch die Verwendung der neuzeitlichen vervollkommenen Mittel zu erhöhen. Man muß ihm ebenso eine sittliche Stütze und materielle Hilfe gewähren, indem ihm die persönliche Freiheit und das Eigentum des Bodens, der sein Hauptmittel zum Reichtum ist, verbürgt wird, indem ein seinen Bräuchen angepaßter Bodenkredit eingerichtet wird, indem die vorhandenen Verkehrswege verbessert oder neue geschaffen werden. Das gewünschte Resultat wird durch die Entfaltung der Ausfuhrbewegung der Kolonie und durch den wachsenden Reichtum ihrer Bewohner in die Erscheinung treten. Es wird dann leicht sein, diese Zunahme des Reichtums beim Eingeborenen durch Umgestaltung seines Geschmacks und seiner Bedürfnisse auszunutzen. So machen wir aus ihm einen „Teilhaber“.

Es ist die „Geschäfts“politik, die von jetzt ab an die Stelle der Beherrschungspolitik tritt: Beteiligung der eingeborenen Völker auf Grund ihrer eigenen Entwicklung an dem materiellen und sittlichen Wohlstand, der uns durch unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritte gebracht wird. Wie muß diese Politik gefestigt werden und auf welche Betätigungsmittel muß sie sich stützen?

Unsere erste Pflicht ist, die materielle Besserung der eingeborenen Bevölkerung zu suchen, indem der öffentliche Beistand organisiert wird. In Asien und in Afrika kann uns nichts das Vertrauen dieser Völker besser erwerben und unser Zivilisationswerk mehr fördern, als die ärztliche Hilfe. Wir müssen die Eingeborenen als Mitglieder der großen Menschheitsfamilie behandeln und ihnen alle Eroberungen zugute kommen lassen, die die Wissenschaft der Menschheit schon gebracht hat. Außer der ärztlichen Fürsorge, bestimmt ihre Leiden zu mildern, müssen sie von uns belehrende Ratschläge über die Mittel erwarten, durch die sie die Krankheiten vermeiden und den Seuchen vor-

beugen können. Als Hauptsteuerzahler, von denen wir ohne Unterlaß Erhöhung der Abgaben fordern, müssen sie deren Verwendung besonders in ihrem Privatleben wiederfinden; sie müssen sehen, daß die ihnen auferlegten Opfer auch zur Erfüllung der gemeinsamen gesellschaftlichen Pflichten dienen. So werden die Eingeborenen durch die mächtigen Bande der Erkenntlichkeit an uns gefesselt; man hat mit Recht sagen können, daß neben der Eisenbahnschiene der Arzt das beste Mittel sei, um die friedliche Eroberung der Völker auf dauerhafte Grundlagen zu stellen.

Dieses zunächst menschliche, dann koloniale Werk ist nur die Vorbereitung des Bodens, in den wir das gute Korn einer wohlverstandenen Kolonisation legen wollen. Die materielle Hebung der Eingeborenen muß durch ihre geistige und gesellschaftliche Befreiung vervollständigt werden. Wir selbst müssen zu dieser Befreiung durch die Verbreitung des Gebrauches unserer Sprache und durch eine große Entfaltung des Unterrichts helfen. Ist es nicht in der Tat die erste Notwendigkeit für ein zivilisierendes Volk, daß es mit seinen Schützlingen in unmittelbare Verbindung zu treten und daß es aus seiner eigenen Sprache ein Band zu knüpfen versteht, das, wie die Geschichte lehrt, als das sicherste und dauerhafteste anzusehen ist? Es genügt nicht, daß wir uns bemühen, die Sprache und die verschiedenen Mundarten der Eingeborenen zu kennen: das ist offenbar das beste Mittel, um die Eingeborenen selber zu studieren und die Verbesserungen zu erfahren, die sie nötig haben. Man muß auch den Gebrauch unserer Sprache bei ihnen verbreiten, das ist das Mittel, durch das wir am besten die Eingeborenen an das Studium unserer wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritte fesseln.

So werden sie zu verständiger und aufgeklärter Mitwirkung in der Leitung der Angelegenheiten ihres Landes vorbereitet sein. Wir müssen ihnen eine tatsächliche Beteiligung an der Verwaltung ihrer Angelegenheiten zugestehen: das ist die Grundlage der ins Werk gesetzten Vereinigung, nicht nur

auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch, und namentlich, in politischer Beziehung. Wir müssen sie auch in die Wohltaten der Staatswirtschaft einführen, indem wir in ihnen die Pflege der menschlichen Wechselbeziehungen und der sie umgebenden Hilfsinstitutionen (Sparcassen, Versicherungskassen, Gegenseitigkeitsgesellschaften) entwickeln.

Die Verwirklichung dieses Programmes, über das man heute einig zu sein scheint, kann nur verfolgt werden, wenn man endgültig auf das System der Assimilation verzichtet.

Man muß endgültig darauf verzichten, in unseren Kolonien entlegene Departements zu erblicken, wo unsere Einrichtungen, unser Verwaltungsverfahren, unsere Gebräuche in Ehren gehalten werden müssen. Sie müssen als Sondergruppierungen betrachtet werden, die vom Mutterlande nicht nur durch die Bedingungen des Klimas und der Gestaltung, sondern auch durch die Einrichtungen verschieden sind. Man beschleunige diese Umgestaltung dadurch, daß man den Kolonien entschlossen die Pforten der Autonomie öffnet.

Der Grundsatz weitester Dezentralisation müßte bei der Leitung der kolonialen Angelegenheiten maßgebend sein: die Kolonien müßten sich am Orte selbst verwalten, sie dürfen nicht von Paris aus verwaltet werden. Die heimische Regierung würde lediglich vollkommener und unbedingterweise ihren Schutz auszuüben haben; ihre Verwaltungsingriffe hätten sich auf die politische Leitung und die Prüfung dieser Sonderverwaltung zu beschränken.“ —

Dieses Programm können wir nicht ganz unterschreiben. Wir meinen, daß das Band zwischen Heimat und Kolonien nicht so zerschnitten werden darf, daß die Politik nicht so sehr auf wirtschaftliche wie auf nationale Gesichtspunkte gestellt wird. Wirtschaftlich gesprochen aber sehen Sie, daß sowohl die Engländer wie die Franzosen und auch die Portugiesen zu dem Resultat gekommen sind:

1. Die Tropen sind für europäische Ansiedlungen nur in minderm Maße verwertbar;

2. der Reichtum der Tropen kann nur durch die eingeborene Bevölkerung gehoben werden;
3. die Machtmittel, die entwickelt werden, stehen nur dann im Einklang mit dem Nutzen, wenn Friede in diesen Kolonien herrscht.
4. dieser Friede wird nur gesichert durch entsprechende Verkehrswege, durch Gerechtigkeit, durch eine freundliche Behandlung;
5. kommt das alles miteinander zusammen, so steckt in diesen Eingeborenen die Kraft, unter weiser Führung sich zu solchen Konsumenten und Produzenten zu entwickeln, daß die Heimat, die heimische Wirtschaft und die heimische Industrie daraus dauernd einen großen Nutzen ziehen.

Die Aufklärungen, welche der Staatssekretär gegeben hat, zeigen wie berechtigt die Klagen waren, welche man seit Jahren über die Zustände in den Kolonien erhoben hat, sie zeigen insbesondere, von welchem egoistischen Standpunkt ein Teil der nach Ostafrika kommenden weißen Bevölkerung, ihr Verhältnis zu den Eingeborenen betrachtet hat, und wie weit sie darin manchmal noch durch die Verwaltung unterstützt worden ist.

Alle Rechte für den Weißen, alle Pflichten für den Neger war die von den Pflanzern verlangte Parole.

Diesem Zustand will Dernburg ein Ende machen, er will Gerechtigkeit und Humanität an die Stelle von Unrecht und Bedrückung setzen und hofft dadurch, das Land zu einer blühenden Kolonie zu machen, daß er vor allem auch das Wohl der 10 Millionen Eingeborenen zu fördern sucht.

In hoc signo vinces!

Dagegen bedeutet die v. Liebertsche Veröffentlichung eine Art Kriegserklärung gegen Dernburg vom Standpunkt derjenigen Kreise, welche bisher den Kolonialpatriotismus in Erbpacht zu haben glaubten und deren Ansichten vielfach an maßgebender Stelle allein bestimmend waren.

Dernburg muß jetzt, wenn es ihm Ernst mit seinem Programm ist, denselben Kampf gegen die Herrenmoral ausfechten, den vor ihm schon so manche gekämpft haben, nicht allein die Verteidiger der Humanität und Gerechtigkeit im Deutschen Reichstage, sondern auch Männer wie Generalmajor Bentheim, der langjährige, unvergeßliche Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika. Wird Dernburg in diesem Kampfe siegen oder unterliegen? Wenn man nur die Entwicklung des Reichs und seiner Kolonien innerhalb der letzten Jahrzehnte zugrunde legt, so kann man ihm kein günstiges Prognostikon stellen; betrachtet man aber die Weltgeschichte in der Entwicklung der Jahrtausende, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Humanität und Gerechtigkeit schließlich doch die Oberhand behalten werden. Setzt der Staatssekretär sein jetziges Programm in die Tat um, so wird vielleicht nicht mehr ihm selbst, aber schließlich doch seinen Anschauungen der endliche Sieg verbleiben. Möge er festhalten an dem Programm der Gerechtigkeit und Humanität, dann wird auch für ihn die Verheißung gelten:

in hoc signo vinces!